

# 19



—  
**Jahresbericht  
KdK 2019**  
—

**Rapport annuel  
CdC 2019**

---



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN  
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX  
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI  
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

---

# Konferenz der Kantonsregierungen

# Conférence des gouvernements cantonaux

Jahresbericht KdK 2019  
Rapport annuel CdC 2019

---

# Inhaltsverzeichnis

---

Einleitung .....	3
<b>1 Organisation.....</b>	<b>4</b>
1.1 Plenarversammlung.....	4
1.2 Leitender Ausschuss .....	5
1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen.....	6
1.4 Sekretariat .....	6
<b>2 Tätigkeit .....</b>	<b>8</b>
2.1 Arbeitsschwerpunkte.....	8
2.1.1 Allgemeines.....	8
2.1.2 Aussenpolitik.....	9
2.1.3 Innenpolitik.....	9
2.1.4 Stellungnahmen.....	12
2.1.5 Zusammenarbeit Bund - Kantone.....	14
2.1.6 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen.....	15
2.2 Weitere Themen .....	16
2.2.1 Allgemeines.....	16
2.2.2 Aussenpolitik.....	17
2.2.3 Innenpolitik.....	18
2.2.4 Mandate .....	19
<b>3 Rechnung.....</b>	<b>22</b>
<b>Anhänge .....</b>	<b>45</b>

---

# Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Ende 2019 war nicht abzusehen, dass sich die Schweiz wenige Monate später in einer historischen Krisensituation befinden würde. Die aktuelle Covid-19-Pandemie stellt den Bund, die Kantone und die Gemeinden vor gewaltige Herausforderungen.



Der Föderalismus indes bildet auch in der Krise eine tragfähige Basis. Das zeigt sich in einer engen Koordination zwischen den Staatsebenen. Es zeigt sich aber auch in den massgeschneiderten Massnahmenpaketen vieler Kantone zur Stützung der regionalen Wirtschaft. Seitens der Gemeinden und der Zivilgesellschaft sind zudem an vielen Orten rasch Hilfsangebote initiiert worden. Ein beeindruckender Einsatz, der den Wert handlungsfähiger lokaler Gemeinwesen veranschaulicht. Föderalistische Traditionen wie Verantwortung, Solidarität, Nachbarschaftshilfe und Selbstorganisation werden so zur Krisenbekämpfung beitragen.

Dass der Schweizer Föderalismus lebendig und innovativ ist, macht der Jahresbericht der KdK 2019 deutlich. Auch letztes Jahr ist es den Kantonen gelungen, mehrheitsfähige Lösungen zu präsentieren und ihnen – gemeinsam mit dem Bund – zum Durchbruch zu verhelfen. Bestes Beispiel dafür ist die Optimierung des Nationalen Finanzausgleichs, der die Eidgenössischen Räte im Sommer zugestimmt haben. Durch den Kompromiss der Kantone, der zu einem fairen und transparenteren Ausgleichssystem führt, konnte eine wichtige innenpolitische Baustelle geschlossen werden. Die Kantone haben zudem die Schaffung eines politischen Steuerungsorgans angeregt, das die Entwicklung des Ressourcen- und Lastenausgleichs verfolgt und allenfalls Anpassungen vorschlagen kann. Die Tragfähigkeit und Akzeptanz des Finanzausgleichs kann dadurch langfristig gesichert werden.

Im Oktober haben die KdK und das Eidgenössische Finanzdepartement den Schlussbericht «Digitale Verwaltung» veröffentlicht. Der Bericht präsentiert Ansätze für eine wirksame institutionelle Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden im Bereich der Digitalisierung. Damit kann eines der wichtigsten Themen der Gegenwart zielgerichtet und effizient angegangen werden. Dies ist nun umso wichtiger, als die Covid-19-Pandemie einen nachhaltigen Digitalisierungsschub auslösen dürfte.

Rund zehn Jahre nach der ersten Aufgabenteilungsreform haben Bund und Kantone dieses Jahr ein Projekt zu einer weiteren Überprüfung der Aufgabenteilung lanciert. Im Fokus stehen die Aufgabenbereiche der individuellen Prämienverbilligungen, der Ergänzungsleistungen, des regionalen Personenverkehrs sowie die Finanzierung der Bahninfrastruktur. Ziel ist es, die Zuständigkeiten wie auch die Finanzierungsverantwortung in diesen Bereichen klar einer Staatsebene zuzuweisen. Damit sollen die Handlungsspielräume wieder erhöht und die Leistungserbringung effizienter gestaltet werden.

Per Anfang Juni 2020 übernimmt Regierungspräsident Christian Rathgeb (GR) das Präsidium der KdK. Ich darf auf drei äusserst spannende Jahre an der Spitze der KdK zurückblicken und freue mich darauf, mich im Ständerat auch in Zukunft für die Interessen der Kantone einzusetzen. Meinem Nachfolger und meinen Kolleginnen und Kollegen im Leitenden Ausschuss der KdK danke ich für ihren grossen Einsatz und wünsche ihnen weiterhin viel Erfolg. Ebenso danke ich allen Mitarbeitenden für den engagierten und erfolgreichen Einsatz zu Gunsten der Kantone.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'B. Würth'. The signature is fluid and cursive.

Regierungsrat Benedikt Würth, Präsident

# 01

---

## 1 Organisation

### 1.1 Plenarversammlung

Das oberste Entscheidorgan der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist die vierteljährlich tagende Plenarversammlung, an der jeder Kanton durch ein Regierungsmitglied vertreten ist. Die Vertretung eines Kantons in der KdK wird jeweils durch die Regierung des entsprechenden Kantons geregelt. Im Berichtsjahr nahmen folgende Mitglieder der Kantonsregierungen an Plenarversammlungen teil:

Kanton	Vertretung
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker
BE	Regierungspräsident Christoph Ammann Regierungsrätin Christine Häsler
LU	Regierungspräsident Paul Winiker
UR	Regierungsrätin Heidi Z'graggen
SZ	Landammann Kaspar Michel Regierungsrat André Rügsegger
OW	Regierungsrat Daniel Wyler
NW	Landesstatthalter Othmar Filliger
GL	Landammann Andrea Bettiga Regierungsrat Benjamin Mühlemann
ZG	Regierungsrätin Silvia Thalmann-Gut
FR	Staatsrat Olivier Curty Staatsrat Georges Godel
SO	Regierungsrätin Brigit Wyss
BS	Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann Regierungsrat Hans-Peter Wessels
BL	Regierungsrat Anton Lauber Regierungspräsident Isaac Reber

SH	Regierungsrat Christian Amsler
AR	Regierungsrat Köbi Frei
	Regierungsrat Paul Signer
AI	Stillstehender Landammann Roland Dähler
	Landammann Daniel Fässler
SG	Regierungsrat Benedikt Würth
GR	Regierungsrat Christian Rathgeb
AG	Regierungsrat Markus Dieth
TG	Regierungsrätin Carmen Haag
	Regierungsrätin Cornelia Komposch
TI	Staatsrat Norman Gobbi
VD	Staatsrat Pascal Broulis
VS	Staatsratspräsident Roberto Schmidt
NE	Staatsratspräsident Alain Ribaux
GE	Staatsrat Serge Dal Busco
	Staatsratspräsident Antonio Hodgers
JU	Regierungspräsident Jacques Gerber
	Minister Charles Juillard

## 1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss ist das Führungsorgan der KdK. Neun Regierungsrätinnen und Regierungsräte aus allen Regionen der Schweiz bereiten im Leitenden Ausschuss die Geschäfte der Plenarversammlung vor. Gemäss Geschäftsordnung der KdK vom 20. März 2009 haben die französischsprachige (zwei Sitze), die italienischsprachige und die rätoromanische Schweiz, die Ost-, die Nordwest- und die Zentralschweiz sowie die Kantone Bern und Zürich Anspruch auf Vertretung im Leitenden Ausschuss. Im Berichtsjahr setzte sich der Leitende Ausschuss wie folgt zusammen:

Kanton	Vertretung
SG / ORK	Regierungsrat Benedikt Würth, Präsident
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker, Vizepräsident
BE	Regierungspräsident Christoph Ammann
UR / ZRK	Regierungsrätin Heidi Z'graggen
BS / NWRK	Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (bis 30.06.2019)
BL / NWRK	Regierungsrat Anton Lauber (ab 01.07.2019)
GR	Regierungsrat Christian Rathgeb
TI	Staatsrat Norman Gobbi
NE / WRK	Staatsratspräsident Alain Ribaux
VD / WRK	Staatsrat Pascal Broulis

## 1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen

Neben diesen beiden Hauptorganen gibt es im Zusammenhang mit der Betreuung einzelner Geschäfte oder Mandate zahlreiche weitere Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK. Eine Zusammenstellung findet sich in Anhang 2 dieses Berichts. Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen sind in Anhang 3 aufgelistet.

## 1.4 Sekretariat

Gemäss der Vereinbarung über die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verfügt die Konferenz über ein ständiges Sekretariat. An der Gründungsversammlung der KdK wurde die Sekretariatsführung im Sinne eines Mandats der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit übertragen. Seither führt die ch Stiftung das KdK-Sekretariat, und der Geschäftsführer der ch Stiftung amtiert gleichzeitig als Generalsekretär der KdK.

Für das KdK-Sekretariat sind am Ende des Berichtsjahrs 26 Personen tätig (18,7 Vollzeitstellen). Davon arbeiten 23 Personen im Haus der Kantone in Bern, drei Mitarbeitende sind als Aussenstellen der KdK direkt in der Bundesverwaltung angesiedelt: in der Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA), im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) sowie bei der Mission der Schweiz bei der EU in Brüssel. Die Mitarbeitenden des Bereichs Dienstleistungen sind sowohl für das KdK-Sekretariat wie auch für den Betrieb Haus der Kantone und die ch Stiftung tätig.

Ein Organigramm befindet sich in Anhang 1 dieses Berichts.

### Personalbestand 31.12.2019

#### Geschäftsführung/Sekretariat

- Roland Mayer, Generalsekretär
- Thomas Minger, Stv. Generalsekretär
- Pia Baumgartner, Mitarbeiterin Sekretariat KdK
- Manuela Furrer, Leiterin Sekretariat KdK
- Marina Krebs, Mitarbeiterin Sekretariat KdK
- Praktikantin Sekretariat KdK

#### Stab Kommunikation

- Nicole Gysin, Chefin Kommunikation
- Alexander Jungo, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Kommunikation

#### Zentrale Dienste

- Monika Zanon, Leiterin
- Rosmarie Bäumler, Fachfrau Finanzen
- Christine Bonvin, Übersetzerin
- Daniel Bühler, Informatiker
- Léa Coudry, Übersetzerin
- Helene Leuenberger, Personalfachfrau
- Pascale Prisset, Leiterin Sprachendienst

#### KdK-Aussenpolitik

- Roland Mayer, Bereichsleiter, Generalsekretär
- Dea Rolih, Stv. Bereichsleiterin
- Luca Gobbo, Informationsbeauftragter der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA
- Coralie Menétrey, Stv. Informationsbeauftragte der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Geschäftsleitung

- Roland Krimm, Informationsbeauftragter der Kantone in der Schweizer Mission bei der EU in Brüssel
- Hanspeter Pfenninger, Koordinator Schengen/Dublin, Senior Legal Counsel

#### KdK-Innenpolitik

- Thomas Minger, Bereichsleiter, Stv. Generalsekretär
- Nicole Gysin, Stv. Bereichsleiterin, Chefin Kommunikation
- Regina Bühlmann, Geschäftsführung Konferenz der Integrationsdelegierten, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Nadine Eckert, Geschäftsführung Tripartite Konferenz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Christian Gobat, Beauftragter NFA
- Céline Maye, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Jarrah Peter, Wissenschaftliche Praktikantin
- Christine Winkelmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin



# 02

---

## 2 Tätigkeit

### 2.1 Arbeitsschwerpunkte

#### 2.1.1 Allgemeines

##### Schwerpunkteplanung KdK

Seit 2015 nimmt die KdK jährlich eine Auswertung sämtlicher Geschäfte vor, um ihre strategische Begleitung sicherzustellen. Dabei werden die Geschäfte den Interessen der Kantone entsprechend priorisiert. 2019 legte die KdK den Schwerpunkt auf folgende fünf Geschäfte: Optimierung des Nationalen Finanzausgleichs, Europapolitik (institutionelles Abkommen und Brexit), Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, Integrationspolitik (Integrationsagenda Schweiz) sowie E-Government/Digitalisierung. Diese Geschäfte setzten eine koordinierte Strategie, eine proaktive Bearbeitung und eine konstante Begleitung durch das Sekretariat voraus und werden 2020 weiter eng begleitet werden.

##### Weiterentwicklung Föderalismusmonitoring

Die Weiterentwicklung und Erneuerung des Föderalismus ist ein zentrales Anliegen der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit. Seit 2005 führt das KdK-Sekretariat im Auftrag der ch Stiftung ein Föderalismusmonitoring durch. 2017 beschloss die KdK, das Föderalismusmonitoring neu zu gestalten und näher am politischen Alltag auszurichten. Der Fokus der Neukonzeption lag 2019 auf einer neuen Grundlage für das sogenannte Föderalismus-Cockpit. Gemeinsam mit der Informatikfirma Basis06 konnte die neue Datenbanklösung "Ristretto" in Betrieb genommen werden. In Zusammenarbeit mit den Direktorenkonferenzen erstellte das Sekretariat die ersten Föderalismus-Cockpits. Ebenfalls neu konzipiert wurden die Mehrjahresberichte. In einem Pilotversuch testete das Sekretariat den neuen Fragebogen an die Kantonsregierungen. Dieser ist nun stärker politisch ausgerichtet und soll es ermöglichen, den Bericht mit Beispielen aus den Kantonen anzureichern.

## Kommunikation KdK: Aktivitäten

2019 erschienen – jeweils im Anschluss an die Plenarversammlungen – insgesamt vier Newsletter "Standpunkt der Kantone". Schwerpunktthemen waren das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF-Vorlage), die Optimierung des Nationalen Finanzausgleichs, die Volksinitiative "Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)" sowie der Schlussbericht "Digitale Verwaltung: Projekt zur Optimierung der bundesstaatlichen Steuerung und Koordination". Die Stabstelle Kommunikation organisierte zudem eine Medienkonferenz zur STAF-Vorlage (vgl. Übersicht Anhang 4). Am 28. November führte das Sekretariat im Haus der Kantone wiederum einen Anlass mit den kantonalen Aussenbeziehungsdelegierten durch.

### 2.1.2 Aussenpolitik

#### Europapolitik: Koordination und institutionelle Fragen

Auch 2019 wurden die Gremien der KdK regelmässig über den Stand der Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen (InstA), den Europadialog sowie über weitere relevante Entwicklungen informiert.

Im Rahmen der vom Bundesrat lancierten Konsultation zum Entwurf eines institutionellen Abkommens verabschiedete die Plenarversammlung am 29. März einen Positionsbezug, in welchem die Kantonsregierungen ihre grundsätzliche Unterstützung eines institutionellen Abkommens bekräftigen. In bestimmten Punkten besteht aus ihrer Sicht jedoch noch Klärungsbedarf.

Nach der Diskussion der Konsultationsergebnisse legte der Bundesrat am 7. Juni seine Position zum InstA fest. Er verlangte insbesondere Klärungen zu den Bestimmungen über den Lohn- und Arbeitnehmerschutz, die staatlichen Beihilfen und die Unionsbürgerrichtlinie (UBRL). Der Bundesrat beschloss deshalb, die Sozialpartner und die Kantone eng in den Prozess einzubinden, um die Suche nach einer Einigung mit der EU zu unterstützen. Der Präsident der KdK wurde in die Arbeiten einbezogen, die auf zwei Ebenen stattfanden: auf der Ebene des Bundesrates unter Leitung des Vorstehers des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) mit den Präsidenten der Sozialpartner sowie der KdK und der VDK ("Ausschuss Plus") und auf der operationellen Ebene einer Task Force unter der Leitung von Staatssekretär Roberto Balzaretti, wobei ein bis zwei hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Sozialpartner und der Kantone einbezogen wurden. Nach der Sommerpause wurde vereinbart, zwei Arbeitsgruppen zu den staatlichen Beihilfen bzw. zur UBRL einzusetzen. Ziel der Arbeiten ist die Formulierung von Vorschlägen zuhanden der Task Force und des Ausschusses Plus. Die verschiedenen Gremien tagten im zweiten Halbjahr mehrmals.

Im Übrigen wurde vereinbart, dass vor der Volksabstimmung über die Volksinitiative "Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)" keine formellen Gespräche mit der EU geführt werden sollen.

### 2.1.3 Innenpolitik

#### Optimierung Finanzausgleich Bund - Kantone

2019 schlossen die eidgenössischen Räte die Beratung dieses Geschäfts ab. Am 18. Januar fand eine Anhörung der Delegation der KdK durch die Finanzkommission des Nationalrates (FK-N) statt. Am 7. Mai verabschiedete der Nationalrat die Änderungen des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG). Einzige Abweichung zur Vorlage des Bundesrates war eine neue Bestimmung, die sicherstellt, dass die mit dem Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) verfolgten Änderungen des Finanzausgleichs keine widersprüchliche Rechtslage schaffen würden. Am 5. Juni stimmte der Ständerat dieser Bestimmung zur Koordination des Inkrafttretens der Artikel des FiLaG, die Teil des STAF sind, zu.

Am 21. Juni verabschiedeten die eidgenössischen Räte die Revision des FiLaG mit grosser Mehrheit. Die Änderungen traten am 1. Januar 2020 in Kraft. Am 6. November verabschiedete der Bundesrat die Anpassungen der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaV) für die Umsetzung der STAF und der Vorlage zur Optimierung des Finanzausgleichs.

Im Dezember stimmten der Bundesrat und die Plenarversammlung der KdK der Einsetzung eines politischen Steuerungsorgans für den Finanzausgleich zu und bestätigten ein entsprechendes Mandat. Ziel ist es, die Entwicklung des Ressourcen- und Lastenausgleichs aktiv zu verfolgen. Sollten im Finanzausgleich Anpassungen notwendig sein, kann das Steuerungsorgan diese auf der Grundlage des Wirksamkeitsberichts vorbereiten. Damit sollen die Tragfähigkeit und Akzeptanz des Finanzausgleichs langfristig gesichert werden. Das politische Steuerungsorgan steht unter der Federführung des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) und ist paritätisch besetzt. Die kantonale Delegation besteht aus einer Vertretung des KdK-Präsidioms sowie je einer Vertretung der ressourcenschwachen und der ressourcenstarken Kantone. Mindestens ein Mitglied vertritt die lateinische Schweiz.

## Integrationsagenda Schweiz

2018 hatten die KdK und der Bundesrat die Integrationsagenda Schweiz lanciert. Ziel ist es, Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen rascher und besser zu integrieren und ihre Abhängigkeit von der Sozialhilfe zu reduzieren. Bund und Kantone hatten sich zudem darauf geeinigt, in einer Phase II die Integrationsagenda weiterzuentwickeln und die Finanzierung der Unterbringung, Betreuung und Integration im Flüchtlings- und Asylbereich insgesamt zu überprüfen (Teilprojekt 1). Ziel ist es, das Finanzierungssystem zu vereinfachen, Bund und Kantone administrativ zu entlasten und verstärkt Integrationsanreize zu setzen. Zudem soll ein Monitoring der Integrationsagenda aufgebaut werden (Teilprojekt 2). In einem weiteren Schritt wollen Bund und Kantone zudem überprüfen, wie die Berufsbildungsintegration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-, EFTA- und Drittstaaten verbessert werden kann (Teilprojekt 3).

Im Berichtsjahr standen technische Arbeiten in allen drei Teilprojekten im Vordergrund: In zahlreichen Sitzungen und diversen Workshops wurden Modelle geprüft und Entscheidungsgrundlagen erarbeitet, die es ermöglichen sollen, in der zweiten Hälfte 2020 eine politische Diskussion über das neue Finanzierungsmodell, das Monitoringkonzept sowie weitere Integrationsmassnahmen für spät Zugewanderte zu führen.

Um die Kantone bei der Umsetzung der Integrationsagenda konzeptuell zu unterstützen, hat das Sekretariat zusammen mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) diverse Workshops zu Schwerpunktthemen der Integrationsagenda durchgeführt. Diese Workshops ermöglichten den Wissens- und Erfahrungsaustausch und stiessen bei kantonalen und kommunalen Fachleuten auf grosses Interesse.

## E-Government/Digitalisierung: Erneuerung E-Government-Strategie Schweiz und Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung sowie Schlussbericht Optimierung der Steuerung der Digitalen Verwaltung

2019 stand einerseits die Erneuerung der E-Government-Strategie Schweiz und der Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz an. Dazu verabschiedete die Plenarversammlung am 27. September eine gemeinsame Stellungnahme der Kantonsregierungen (vgl. Ziff. 2.1.4). In Folge wurden die Anliegen der Kantone weitestgehend berücksichtigt. So konnten nach dem Bundesrat auch die Kantonsregierungen im Rahmen der Plenarversammlung vom 20. Dezember der neuen E-Government-Strategie 2020–2023 sowie der aktualisierten Rahmenvereinbarung zustimmen. Zudem wählte die Plenarversammlung neue Vertretungen der Kantone für den Steueraussschuss E-Government Schweiz: Regierungsrätin Maya Büchi-Kaiser (OW), Staatsrat Jean-Pierre Siggen (FR) sowie Kanzleidirektor Daniel Spadin (GR).

Andererseits lancierten das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) und die KdK im Auftrag des Bundesrates und der Kantonsregierungen im Frühling das gemeinsame Projekt "Digitale Verwaltung: Optimierung der bundesstaatlichen Steuerung und Koordination". Das Ergebnis des Projekts ist ein Schlussbericht, den das EFD und die KdK Mitte Oktober publizieren konnten. Dieser zeigt auf, dass die digitale Transformation eine "New Governance" braucht. Dazu wird ein stufenweises Vorgehen in drei Entwicklungsschritten vorgeschlagen: Im ersten Schritt sollen die heutigen Strukturen in eine neue politische Plattform überführt werden. Im zweiten Schritt wird diese Plattform mit eingeschränkten Entscheidungskompetenzen ausgestattet. Die letzte Etappe sieht eine von Bund und Kantonen gemeinsam getragene Behörde vor. Von Anfang an sollen dabei die bereits bestehenden Ressourcen gebündelt und so wirksamer eingesetzt werden. Zwischen den einzelnen Etappen sind Evaluationen vorgesehen. So können die Erkenntnisse aus einzelnen Umsetzungsschritten jeweils in die nächste Umsetzungsetappe einbezogen werden. Nach entsprechenden Entscheiden des Bundesrates und der Kantonsregierungen soll 2020 mit der Umsetzung der Vorschläge begonnen werden.



*Regierungsrätin Eva Herzog, Vizepräsidentin FDK, Regierungsrat Benedikt Würth, KdK-Präsident, und Regierungsrat Ernst Stocker, Vizepräsident der KdK an einer Medienkonferenz zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) im Haus der Kantone, 10. Mai 2019. (187122915 KEYSTONE/Peter Klauzner)*



*Das Haus der Kantone in Bern (378705655 KEYSTONE/Peter Schneider).*

## Überprüfung Aufgabenteilung Bund – Kantone

Der Bund und die Kantone sehen bei gemeinsam finanzierten Aufgaben weiterhin Entflechtungspotenzial. 2019 lancierten sie deshalb – rund zehn Jahre nach der ersten Aufgabenteilungsreform – ein zweites Projekt zur Überprüfung der Aufgabenteilung. Nach dem Bundesrat stimmten am 28. Juni auch die Kantonsregierungen dem Mandat für ein Projekt "Aufgabenteilung II" zu. Ziel ist es, Zuständigkeiten klar entweder den Kantonen oder dem Bund zuzuweisen, um so die Handlungsspielräume zu erhöhen und die Leistungserbringung effizienter zu gestalten. Im Fokus stehen die Aufgabenbereiche der individuellen Prämienverbilligungen, der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, des regionalen Personenverkehrs sowie die Finanzierung der Bahninfrastruktur. Weiter soll ein gemeinsames Monitoring der Kostenentwicklungen und der Mehr-/Minderbelastungen für den Bund und die Kantone entwickelt werden. Die gemeinsame Projektorganisation nahm ihre Arbeit im Herbst auf. Bis Mitte 2022 soll sie konkrete Reformvorschläge erarbeiten.

### 2.1.4 Stellungnahmen

Stellungnahmen der KdK werden mit einem qualifizierten Mehr der Stimmen von mindestens 18 Kantonsregierungen verabschiedet. Das Recht der Kantone auf eigene Stellungnahme bleibt gewährt.

---

*Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes (gemäss Art. 45 BV)*

### Legislaturplanung des Bundes 2019–2023

Um den politischen Dialog zwischen Bund und Kantonen zu stärken, werden die Kantone jeweils frühzeitig in die Legislaturplanung des Bundes einbezogen. Nachdem sie bereits im Frühjahr zu den prioritären Handlungsfeldern konsultiert wurden, verabschiedeten die Kantonsregierungen an der Plenarversammlung vom 27. September eine gemeinsame Stellungnahme zu den wichtigsten Geschäften und Massnahmen der neuen Legislatur zuhanden des Bundesrates.

### Erneuerung E-Government-Strategie Schweiz und öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung

An der Plenarversammlung vom 27. September verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zur E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 und zur Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz 2020. Aus Sicht der Kantone greifen diese die wesentlichen Ziele, Prinzipien und Handlungsfelder der "Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung" (2018) auf. Gleichzeitig forderten die Kantone erfolgreich verschiedene Anpassungen: So wurden eine Würdigung der bisherigen Zusammenarbeit in die Strategie aufgenommen und das Leitbild um den Aspekt einer inklusiven und ressourcenschonenden Umsetzung ergänzt. Die Stossrichtung der gemeinsamen Datenverwaltung wurde dahingehend präzisiert, dass die Verwendung etablierter Register und Netzwerklösungen gegenüber der Schaffung neuer zentraler Register bevorzugt wird. Weiter wurde die Bedeutung geeigneter Finanzierungs- und Betriebsmodelle für die Entwicklung, die Beschaffung und den Betrieb gemeinsam genutzter Lösungen stärker betont.

---

*Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung bei ausserpolitischen Entscheiden (gemäss Art. 55 BV)*

### Institutionelles Abkommen Schweiz-EU

Am 29. März verabschiedete die Plenarversammlung einen Positionsbezug zum Entwurf eines institutionellen Abkommens (InstA). Darin bestätigen die Kantonsregierungen die Bedeutung einer Konsolidierung, Weiterführung und Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit mit der EU und bekräftigen ihre grundsätzliche Unterstützung eines institutionellen Abkommens. Sie wiesen zudem darauf hin, dass der Entwurf zahlreiche positive Elemente enthält, wie etwa die Bestimmungen zur dynamischen Rechtsübernahme und zur Streitbeilegung. Klärungsbedarf sehen sie jedoch bei den staatlichen Beihilfen, den flankierenden Massnahmen (FlAM) und der Unionsbürgerrichtlinie.

## Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger

An der Plenarversammlung vom 28. Juni verabschiedeten die Kantonsregierungen eine Stellungnahme zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA). Aus Sicht der Kantonsregierungen ist das Abkommen zielführend und im Interesse der Schweiz. Mit dem Abkommen werden die erworbenen Rechte von Staatsangehörigen beider Länder geschützt, die unter dem FZA zwischen der Schweiz und der EU gewährt wurden. Somit verhindert es Rechtsunsicherheit und Ungleichbehandlung, die mit dem Wegfall des FZA einhergehen würden.

---

### *Stellungnahmen zu Vernehmlassungen bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse (gemäss Art. 147 BV)*

#### Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (E-Voting-Vorlage)

An der Plenarversammlung vom 29. März nahmen die Kantonsregierungen Stellung zur Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (E-Voting-Vorlage). Die Kantone unterstützen die Vorlage, die die rund 15-jährige Versuchsphase beenden und die elektronische Stimmabgabe als dritten ordentlichen Stimmkanal gesetzlich verankern soll. Die vorgeschlagene Gesetzesanpassung schafft einen klaren rechtlichen Rahmen und sichert den Kantonen gleichzeitig den nötigen Handlungsspielraum, ob und zu welchem Zeitpunkt sie E-Voting einsetzen wollen. Explizit begrüssen die Kantone auch die hohen Sicherheitsanforderungen.

#### Pa. Iv. 09.528: Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus

An der Plenarversammlung vom 28. Juni nahmen die Kantonsregierungen Stellung zur Vorlage der Gesundheitskommission des Nationalrates zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative "Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus". Die Kantone bekräftigen die bereits seitens der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) geäusserte Kritik und lehnen den Gesetzesentwurf in dieser Form klar ab. Sie erwarten, dass die Verknüpfung der Vorlage mit der Zulassungssteuerung aufgehoben wird und dass sie effiziente Steuerungsinstrumente für die ambulante Versorgung erhalten. Zudem fordern sie eine verbindliche Verankerung der Pflegeleistungen in der Vorlage, tripartite Tariforganisationen, Kostenneutralität im Übergang für jeden Kanton und Bestimmungen für eine transparente Rechnungskontrolle.

---

### *Positionsbezüge im Hinblick auf Volksabstimmungen (gemäss Art. 140 und 141 BV)*

#### Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie im Schweizer Waffenrecht

Die Plenarversammlung verabschiedete am 29. März einen Positionsbezug zur Abstimmung vom 19. Mai über die Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie ins schweizerische Recht (Referendum zur Teilrevision des Waffengesetzes). Die Kantonsregierungen unterstützen die Teilrevision mit der Begründung, dass im Falle einer Ablehnung der Vorlage mit weitreichenden Folgen für das Assoziierungsabkommen von Schengen/Dublin und damit für die innere Sicherheit und den Asylbereich der Schweiz zu rechnen ist.

#### Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)

Nach dem Zustandekommen des Referendums gelangte das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) am 19. Mai zur Volksabstimmung. Bereits am 29. März hatte die Plenarversammlung einen Positionsbezug zugunsten der Vorlage verabschiedet. Die Vorlage ist aus Sicht der Kantone ein ausgewogener Kompromiss. Steuerprivilegien für hauptsächlich im Ausland tätige Unternehmen werden abgeschafft und alle Firmen gleichbehandelt, ohne dass die Attraktivität des Standorts geschwächt wird. Dadurch lassen sich die Gewinnsteuereinnahmen der

Kantone längerfristig sichern. Ohne die Vorlage hätten dagegen grössere Einnahmelücken bei der AHV und den Gemeinwesen gedroht.

## Volksinitiative "Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)"

Die Kantonsregierungen sprachen sich an der Plenarversammlung vom 27. September in einem Positionsbezug gegen die Volksinitiative "Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)" aus. Aus Sicht der Kantone ist die Initiative klar abzulehnen: Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU würde nicht nur den Fachkräftemangel in der Schweiz weiter verschärfen, sondern die gesamten bilateralen Beziehungen gefährden. Die Schweiz würde dadurch ihren privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt verlieren, dem mit Abstand wichtigsten Exportmarkt der Schweizer Wirtschaft. Die allfällige Wiedereinführung eines Kontingentsystems würde zudem bei den kantonalen Behörden, aber auch bei den Unternehmen zu einem enormen administrativen Mehraufwand führen und die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz verschlechtern. Im Frühjahr 2020 wurde die Abstimmung aufgrund der Covid-19-Epidemie verschoben.

## 2.1.5 Zusammenarbeit Bund - Kantone

### Föderalistischer Dialog Bund – Kantone

Zweimal pro Jahr treffen sich Delegationen des Bundesrates und der KdK zum Föderalistischen Dialog Bund – Kantone. Ziel ist es, Kooperationsfragen im Verhältnis von Bund und Kantonen frühzeitig zu erkennen und den Informations- und Meinungsaustausch über wichtige föderalistische Themen sicherzustellen.

Die Delegationen des Bundesrates und der Kantone trafen sich im Berichtsjahr am 29. März und am 8. November. Dabei wurden grundlegende Fragen der Zusammenarbeit und des Föderalismus thematisiert und folgende Themen vertieft diskutiert: Digitale Verwaltung, Legislaturplanung des Bundes 2019–2023, Nationale Föderalismuskonferenz, Bundesgesetz über die politischen Rechte, einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen, UNO-Sicherheitsrat, Europadialog und Möglichkeit einer Landesausstellung.

### Europadialog

Am 14. Februar, 10. Mai, 15. August und 28. Oktober trafen sich Delegationen des Bundes und der Kantone zum Europadialog. Im Vordergrund der Gespräche standen die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU sowie der Brexit und dessen Folgen für die Schweiz.

### Stammtisch der Kantone

Jeweils am Montagabend der zweiten Sessionswoche der eidgenössischen Räte lädt die KdK zu einem "Stammtisch der Kantone" ein. Mit dem Ziel, die Beziehungen zu den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu pflegen und den Meinungsaustausch zu intensivieren, treffen sich dabei Vertreterinnen und Vertreter des Leitenden Ausschusses der KdK und weitere kantonale Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Ständerates sowie ehemaligen Regierungsmitgliedern des Nationalrates in ungezwungenem Rahmen. Der "Stammtisch" ist jeweils einem aktuellen politischen Thema gewidmet.

2019 fanden wiederum vier "Stammtische" statt, an denen folgende Themen diskutiert wurden: 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG2), Weiterentwicklung der Invalidenversicherung, aktuelle europapolitische Entwicklungen ("Begrenzungsinitiative", institutionelles Abkommen und Brexit), Zusammenarbeit zwischen der KdK und dem Ständerat in der letzten Legislaturperiode sowie einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen der Krankenversicherung (EFAS).

### Treffen mit dem Büro des Ständerates

Zweimal pro Jahr findet ein Treffen zwischen dem Büro des Ständerates und dem Leitenden Ausschuss der KdK statt, um aktuelle politische Themen oder Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Ständerat und der KdK gemeinsam zu

diskutieren. In der Berichtsperiode fanden am 11. März und am 30. August solche Treffen statt. Die folgenden Themen wurden behandelt: Europapolitik, Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF), Optimierung des Finanzausgleichs, Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone, Volksinitiative "Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)", E-Government/Digitalisierung, Nationale Föderalismuskonferenz, Konzept für Behördeninformationen und Frühzeitiger Einbezug der Kantone in Gesetzgebungsprojekte des Parlaments.

## Parlamentarische Anhörungen

Grundsätzlich liegt es im Ermessen des jeweiligen Kommissionspräsidiums, die Kantone bzw. entsprechende Delegationen der Kantone zu Anhörungen einzuladen, insbesondere dann, wenn vitale Interessen der Kantone betroffen sind. Damit die kantonalen Interessen im Ständerat besser berücksichtigt werden können, beschlossen Delegationen des Ständerates und der KdK anlässlich eines Treffens vom 7. Oktober 1998, in Zukunft vermehrt Vertreterinnen und Vertreter der Kantone (seitens der Direktorenkonferenzen oder der KdK) in die Kommissionsarbeit des Ständerates einzubeziehen.

In Umsetzung dieses Beschlusses übermittelt das Sekretariat des Ständerates der KdK jeweils kurz vor Sessionsbeginn eine Liste mit den zur Behandlung in den Kommissionen anstehenden Geschäften. Im Berichtsjahr nahmen Delegationen der KdK an folgenden Anhörungen teil:

Datum	Kommission	Geschäft
18.01.2019	FK-N	Optimierung Nationaler Finanzausgleich
15.08.2019	SPK-N	Anhörung Begrenzungsinitiative: Position der Kantone
20.08.2019	SPK-S	Einführung des Verordnungsvetos

### 2.1.6 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

#### Präsidienklausur KdK – Direktorenkonferenzen

Zweimal jährlich finden auf Einladung der KdK politische Klausuren zwischen den Präsidien der Direktorenkonferenzen und der KdK statt. An der zweitägigen Klausur vom 24./25. Januar in Spiez diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum einen über die für die verschiedenen Konferenzen kritischen Geschäfte, zum anderen über sektorübergreifende Schwerpunktthemen wie die Europapolitik, die Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, die Digitale Verwaltung oder die Legislaturplanung des Bundes. Eine Präsentation verschiedener Konferenzen zu den Folgen des Klimawandels verdeutlichte den Bedarf an einer Koordination der Arbeiten in diesem Bereich. An der zweiten Klausur vom 5. September tauschten sich die Anwesenden über den Stand der Arbeiten beim institutionellen Abkommen, die Optimierung der Steuerung in der Digitalen Verwaltung und die Massnahmen, die aus Sicht der Kantone in Bezug auf die Legislaturplanung des Bundes prioritär sind, aus.

#### Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen: Fachkoordination/Weiteres

Die Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKO), deren Sekretariat von der KdK geführt wird, koordiniert die Bearbeitung der Bundesgeschäfte unter den interkantonalen Konferenzen und fördert deren Zusammenarbeit und den Informationsaustausch.

An den vier Sitzungen im Jahr 2019 bestimmte die KoSeKo die federführenden und die interessierten Konferenzen für die neuen Vorlagen, die der Bund 2019 initiierte. Weiter tauschte die KoSeKo Informationen über Volksabstimmungsvorlagen aus und bereitete die Präsidienklausuren vor. Sie äusserte sich zudem zum neuen Konzept für das Föderalismusmonitoring, zur neuen IT-Anwendung zur Fachkoordination ("Ristretto"), zu den Anpassungen am Konzept zur Behördeninformation bei Abstimmungsvorlagen des Bundes sowie zur Verwendung der sozialen Netzwerke durch die interkantonalen Konferenzen. Weiter nahm sie den Bericht über die bestehende Zusammenarbeit im Haus der Kantone und die elektronische Dossierführung bei der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK und der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) zur Kenntnis.



Im Herbst organisierte die KoSeKo eine Weiterbildungsveranstaltung zum strategischen Monitoring von Bundesvorhaben. Dabei wurde nicht nur eine Bestandesaufnahme der bestehenden Praktiken in den Kantonen vorgenommen, sondern auch der Bedarf an einer Erarbeitung gemeinsamer Strategien im Haus der Kantone aufgezeigt. Die KoSeKo wird 2020 prüfen, ob ein Konzept zur Festlegung des Prozesses für die Erarbeitung gemeinsamer Strategien mehrerer interkantonalen Konferenzen entwickelt werden soll.

## Regionale Regierungskonferenzen

Die Vertreterinnen und Vertreter der Sekretariate der regionalen Regierungskonferenzen sowie der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich trafen sich am 15. Mai mit dem Generalsekretär und dem stellvertretenden Generalsekretär der KdK und am 15. November mit dem Generalsekretär der KdK zu einem gegenseitigen Informations- und Gedankenaustausch über die wichtigsten Aktivitäten und Projekte der regionalen Regierungskonferenzen. Die KdK informierte über den Stand der Arbeiten und das weitere Vorgehen bei ihren prioritären Projekten.

## 2.2 Weitere Themen

### 2.2.1 Allgemeines

#### Nationale Föderalismuskonferenz: Standortentscheid

Die nächste Nationale Föderalismuskonferenz findet am 27./28. Mai 2021 statt. Die Plenarversammlung vom 29. März beschloss, sie im Kanton Basel-Stadt durchzuführen. Basel-Stadt wird das zweitägige Programm gemeinsam mit den Partnern des Bundes, der Kantone sowie der Städte und Gemeinden vorbereiten.

#### Monitoringlösung für Konferenzen und Kantone (Mokka bzw. Ristretto)

Die neue Datenbanklösung "Ristretto" konnte erfolgreich in Betrieb genommen und die Daten aus der Monitoringlösung für Konferenzen und Kantone ("Mokka") übertragen werden. "Mokka" wurde daraufhin abgeschaltet.

#### Forum of Federations

Die Schweiz unterstützt die Arbeiten des Forum of Federations (FoF) seit dessen Gründung im Jahr 1999 mit Fachwissen sowie im Rahmen von Veranstaltungen. Seit 2005 ist die Schweiz auch formell ein Partnerstaat des FoF. Im Vorstand des FoF ist die Schweiz zurzeit durch den ehemaligen Landammann und alt Ständeratspräsidenten Hans Altherr vertreten. Die KdK hat mit dem FoF aktuell einen Vertrag für die Jahre 2017 bis 2020. Der darin festgehaltene Unterstützungsbeitrag von 50 000 Franken pro Jahr steht jeweils unter dem Vorbehalt, dass die Kantonsregierungen dem Budget der KdK zustimmen.

#### Empfang von Delegationen

Die KdK empfängt jedes Jahr Delegationen aus dem In- und Ausland, die sich für Föderalismus, das politische System der Schweiz und den Finanzausgleich interessieren. Im Berichtsjahr besuchten folgende Delegationen die KdK respektive das Haus der Kantone:

Datum	Delegation / Land
26.02.2019	Empfang Britische Delegation
20.05.2019	Empfang Delegation aus Südkorea
12./19.06.2019	Empfang Delegation aus den Vereinigten Arabischen Emiraten
02.10.2019	Empfang Delegation aus Myanmar

## Finanzbericht zu den Regierungs- und Direktorenkonferenzen

Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit erarbeitet jedes Jahr einen Bericht mit Informationen zu den finanziellen (Ausgaben und Einnahmen) und strukturellen Aspekten (Bestandeszahlen) der KdK und der Direktorenkonferenzen des Vorjahres. Der Finanzbericht 2018 wurde der Plenarversammlung der KdK vom 20. Dezember zur Kenntnisnahme vorgelegt und anschliessend an alle Direktorenkonferenzen übermittelt. Der Finanzbericht 2018 zeigt, dass die Ausgaben und Einnahmen der Direktorenkonferenzen zwischen 2017 und 2018 zurückgingen. Das Berichtsjahr 2018 schloss mit einem Gewinn ab.

### 2.2.2 Aussenpolitik

#### Europapolitik

Wie in den Vorjahren nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedenen Arbeitsgruppen der Begleitorganisation der KdK an den Sitzungen der Gemischten Ausschüsse in den Bereichen Personenfreizügigkeit, Freihandelsabkommen, Öffentliches Beschaffungswesen sowie Land- und Luftverkehr teil. Zusammen mit der Begleitorganisation setzte der Bereich Aussenpolitik die Beobachtung und Analyse der Weiterentwicklung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU sowie der allgemeinen europapolitischen Entwicklungen fort. Schliesslich nahmen Vertreterinnen und Vertreter des KdK-Sekretariats auch an den Arbeiten des "Ausschusses Plus", der "Task Force" sowie der Arbeitsgruppen Staatliche Beihilfen und Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) teil, welche aufgrund des Klärungsbedarfs im Dossier Institutionelles Abkommen eingesetzt wurden.

#### Brexit

Der ursprünglich für den 29. März 2019 vorgesehene Austritt des Vereinigten Königreichs (UK) aus der Europäischen Union wurde aufgrund der fehlenden Mehrheit im britischen Parlament für das Austrittsabkommen mehrmals verschoben. Nachdem sich die Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsländer und das britische Parlament im Oktober 2019 auf ein neues Abkommen verständigt hatten, wurde eine erneute, flexible Verlängerung des Brexit bis zum 31. Januar 2020 gewährt.

Im Hinblick auf den Austritt setzte der Bundesrat seine Bestrebungen fort, die gegenseitigen Rechte und Pflichten über den Zeitpunkt des Brexit hinaus sicherzustellen und allenfalls auszubauen (Strategie "Mind the Gap"). So schlossen die Schweiz und das UK im Berichtsjahr mehrere Abkommen ab. Die Kantonsregierungen nahmen an der Plenarversammlung vom 28. Juni zum Abkommen Schweiz–UK über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger Stellung.

#### EFTA (inkl. Regionalforum)

Das Sekretariat der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiter die intensivierten Bemühungen des Bundes im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen sowie die Aktualisierung und Weiterentwicklung bestehender Freihandelsabkommen mit Drittstaaten ausserhalb der Europäischen Union – sei es bilateral oder im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA). Zudem nahmen Vertreter der Kantone als Beobachter an den Sitzungen des EFTA-Regionalforums teil.

#### Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Am 27./28. März bzw. am 6./7. November fanden zwei Sitzungen des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) statt. Präsident der Schweizer Delegation ist Staatsrat David Eray (JU). Nachdem Staatsrätin Marie Garnier (FR) 2018 ihr Regierungsamt niedergelegt hatte, wurde ihr Sitz in der Schweizer Delegation beim KGRE auf Ende der Periode 2016–2020 mit Staatsrat Didier Castella (FR) neu besetzt.

## WTO/GATS

Im Berichtsjahr verfolgte das Sekretariat der KdK weiterhin die Entwicklungen im Rahmen der laufenden Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO).

## Begleitorganisation Schengen/Dublin

Wie in den Vorjahren nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Kantone in der Begleitorganisation Schengen/Dublin (BOSD) sowohl auf politischer Ebene (Treffen der Justiz- und Innenminister der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Brüssel und Luxemburg) als auch auf Expertenebene (Gemischte Ausschüsse und Arbeitsgruppen der Europäischen Union) an der Seite des Bundes an Sitzungen zu rechtsetzenden Weiterentwicklungen von Schengen/Dublin teil. Im Zentrum der Arbeiten standen auch dieses Jahr politische Massnahmen sowie Gesetzgebungsarbeiten der Europäischen Union zur Stärkung der Aussengrenzen und der inneren Sicherheit sowie im Bereich Asyl und Migration. Darüber hinaus nahmen Experten der BOSD an den periodischen Überprüfungen der Umsetzung des Schengen/Dublin-Acquis in verschiedenen Mitgliedstaaten teil (Schengen/Dublin-Evaluationen). Das Jahr 2019 stand auch im Zeichen der Folgearbeiten der von der Europäischen Union in der Schweiz durchgeführten Schengen/Dublin-Evaluation 2018 (Umsetzung der Empfehlungen der Europäischen Union).

## Korruptionsbekämpfung

Das gemeinsame Informationsnetzwerk zur Korruptionsbekämpfung Bund – Kantone traf sich im Berichtsjahr zweimal. Die Sitzung vom 4. Juni war der Frage des Schutzes von Whistleblowern gewidmet, während am 26. November die Zweckmässigkeit eines Verhaltenskodexes für das Verwaltungspersonal diskutiert wurde.

### 2.2.3 Innenpolitik

#### Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone

Die letzte Massnahme im Rahmen des Projekts "Bessere Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone" ist der frühzeitige Einbezug der Kantone in Gesetzgebungsprojekte des Parlaments. Diese Massnahme konnte 2019 vollzogen werden. Mit dem neuen Verfahren können die Kantone und die Direktorenkonferenzen in die parlamentarischen Arbeiten, insbesondere auf Kommissionsebene, eingebunden werden. Die Umsetzung des Verfahrens wird im Rahmen des Föderalismusmonitorings geprüft werden (ein Bericht ist für 2021 vorgesehen). Die zur Unterstützung des KdK-Sekretariats bei juristischen Fragestellungen eingesetzte Arbeitsgruppe "Umsetzung Bundesrecht" diskutierte an einer Sitzung im März über das Verfahren und über weitere parlamentarische Geschäfte, welche die Kantone in rechtlicher Hinsicht betreffen.

#### Interkantonales Streitbeilegungsverfahren (IVK)

2019 waren keine Interkantonalen Streitbeilegungsverfahren hängig.

#### Einführung Verordnungsveto

Im Juni 2014 hatte Nationalrat Thomas Aeschi eine parlamentarische Initiative eingereicht, die das Parlament mit einem Vetorecht gegenüber Verordnungen des Bundesrates ausstatten wollte. 23 Kantone sprachen sich entschieden gegen die Gesetzesvorlage aus, die der Nationalrat 2018 in die Vernehmlassung gegeben hatte. Die Vorlage führt aus Sicht der Kantone zu Rechtsunsicherheit und erschwert die Umsetzung und den Vollzug von Bundesrecht durch die Kantone. Im Mai 2019 lehnte auch der Bundesrat die Einführung eines Verordnungsvetos ab. Nachdem der Nationalrat im Juni der Vorlage zugestimmt hatte, traf sich die Staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-S) mit einer Delegation der KdK. Dabei konnten die Kantone ihren Befürchtungen Gehör verschaffen. Die SPK-S beschloss, nicht auf die

Vorlage einzutreten. Im August lud die KdK die Kantone in einem Schreiben ein, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier für die Frage zu sensibilisieren. In einer Abstimmung vom September 2019 bestätigte der Ständerat mit dem Nichteintretensentscheid den Standpunkt seiner Kommission. Das Geschäft ist nun wieder im Nationalrat.

## Kantonale Integrationsprogramme (KIP)

Seit dem 1. Januar 2014 setzen Bund und Kantone die spezifische Integrationsförderung im Rahmen von vierjährigen kantonalen Integrationsprogrammen (KIP) um. Die Grundlage der KIP bilden gemeinsame strategische Ziele in insgesamt acht Förderbereichen. 2018 starteten die Kantone mit der zweiten Generation der KIP (2018–2021). Das Generalsekretariat der KdK und das Staatssekretariat für Migration (SEM) unterstützen die Kantone bei der Umsetzung der KIP und diskutieren allfällige Herausforderungen im Rahmen einer gemeinsamen Begleitgruppe, die sich im Berichtsjahr zu vier Sitzungen traf. Der Fokus lag auf der kantonalen Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz im Rahmen der KIP.

## Erstarbeitseinsätze von Flüchtlingen

Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene müssen als inländisches Arbeitskräftepotenzial gefördert und rasch und nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Fördermassnahmen der Integrationsagenda Schweiz sollen daher mit einem rund sechs Monate dauernden Erstarbeitseinsatz ergänzt werden. Die Plenarversammlung vom 20. Dezember diskutierte und verabschiedete Empfehlungen dazu. Diese sollen 2020 mit den Präsidien der Arbeitgeberdachverbände und der Gewerkschaften diskutiert werden.

## Kompetenzzentrum für Föderalismus (Motion 18.3238)

Parallel zum Antrag des Institutes für Föderalismus und der ch Stiftung, der beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) einging und eine paritätische Finanzierung Bund – Kantone des Instituts fordert, reichte Ständerat Beat Vonlanthen 2018 die Motion "Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung" ein. Der Nationalrat hat diese im September 2019 genehmigt. Der Ständerat wird 2020 über das Geschäft beraten.

## Steuervorlage und AHV-Finanzierung (STAF-Vorlage)

Nach dem Zustandekommen des Referendums gegen das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) fand am 19. Mai die Volksabstimmung statt. Bereits am 29. März empfahl die Plenarversammlung ein Ja zur Vorlage (vgl. Ziff. 2.1.4). Die Steuerreform wurde von einer Mehrheit der Stimmbevölkerung angenommen und ist am 1. Januar 2020 in Kraft getreten. Um die Anpassungen auf kantonaler Ebene umzusetzen, wurden in praktisch allen Kantonen entsprechende Verfahren eingeleitet. Mehrere Kantone beschlossen 2019 entsprechende kantonale Steuerreformen; in anderen wird 2020 darüber entschieden.

## 2.2.4 *Mandate*

### Geschäftsstelle der Tripartiten Konferenz

Gestützt auf die Vereinbarung über die Tripartite Konferenz (TK) sowie einen entsprechenden Leistungsvertrag zwischen den Geschäftsstellen der TK-Träger (Bundesrat, KdK, Schweizerischer Städteverband und Schweizerischer Gemeindeverband) führt die KdK die Geschäftsstelle der TK. Die entsprechenden Arbeiten umfassten im Berichtsjahr einerseits die Vor- und Nachbereitung der TK-Sitzungen vom 21. Juni und 15. November, der Sitzungen der Tripartiten Technischen Arbeitsgruppe (TTA) vom 8. Mai und 13. September sowie des Ausschusses der Delegationsvorsitzenden vom 10. Mai. Weiter stellte die Geschäftsstelle die Begleitung der laufenden TK-Projekte sicher. Namentlich leistete sie fachliche und administrative Unterstützung für die jeweils tripartit zusammengesetzten Projektleitungen und übernahm die Koordination mit externen Mandatsträgern. Diesbezüglich verdienen die folgenden Arbeitsschwerpunkte Erwähnung:

### *Kohärente Raumentwicklung in Stadt-Land übergreifenden Regionen*

Im Herbst 2017 lancierte die TK das Projekt "Kohärente Raumentwicklung in Stadt-Land übergreifenden Regionen". Das Mandat für dieses Projekt wurde an das Büro Ernst Basler und Partner (EBP) vergeben. An ihrer Sitzung vom 21. Juni konnte die TK den Schlussbericht "Stadt-Land übergreifende Regionen: Wie kann eine kohärente Raumentwicklung gefördert werden?" zur Kenntnis nehmen.

Der Schlussbericht von EBP zeigt auf, dass die Regionen für die räumliche Kohärenz eine zentrale Rolle spielen. Der Bericht beleuchtet anhand dreier Beispielregionen (Regions- und Wirtschaftszentrum Oberwallis RWO, Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM sowie Agglomeration Lausanne-Morges) die Erfolgsfaktoren und Hindernisse einer kohärenten Raumentwicklung in Stadt-Land übergreifenden Regionen und formuliert zudem Empfehlungen an Bund, Kantone, Städte und Gemeinden zur Förderung dieser Kohärenz. Die an die Kantone gerichteten Empfehlungen zielen gesamthaft auf eine Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit und damit auch der regionalen Ebene ab. Empfohlen wird unter anderem die Erarbeitung von Entwicklungsstrategien auf regionaler Ebene. Diese helfen, die Prioritäten innerhalb der Regionen zu klären und frühzeitig Widersprüche mit den Entwicklungsvorstellungen der übergeordneten staatlichen Ebenen aufzuzeigen. Die TK lud ihre Träger ein, die im Schlussbericht formulierten Empfehlungen zu prüfen und in ihre Arbeiten einfließen zu lassen.

### *Biodiversität und Landschaftsqualität in Agglomerationen fördern*

An ihrer Sitzung vom 21. Juni lancierte die TK das Projekt "Biodiversität und Landschaftsqualität in Agglomerationen fördern". Es handelt sich dabei um ein Pilotprojekt des Aktionsplans zur Umsetzung der Strategie Biodiversität Schweiz, das unter Federführung des Bundesamts für Umwelt (BAFU) tripartit umgesetzt werden soll. Ziel ist es, die Akteure auf allen staatlichen Ebenen sowie die regionalen Akteure für die Relevanz der Thematik zu sensibilisieren. Dabei sind Spannungsfelder, namentlich jenes zwischen der Erhaltung der Biodiversität und der Landschaftsqualität einerseits und der Siedlungsentwicklung nach innen andererseits, zu thematisieren. Gleichzeitig sind Wege aufzuzeigen, wie sich die verschiedenen Zielsetzungen vereinbaren lassen. Anhand konkreter Beispiele soll aufgezeigt werden, wie Biodiversität und Landschaftsqualität in Agglomerationen im Rahmen von Planungsprozessen und bestehenden Instrumenten gefördert werden können. 2019 wurde als erster Projektschritt ein Referenzrahmen erarbeitet, der ein gemeinsames Problem-, Ziel- und Handlungsverständnis formuliert.

### *Impuls Innenentwicklung*

Die TK hat sich in den letzten Jahren intensiv mit Fragen der Innenentwicklung beschäftigt: Sie publizierte 2014 den Bericht "Das 3x3 der nachhaltigen Siedlungsentwicklung" mit konkreten Handlungsempfehlungen. Die politischen Diskussionen zu diesem Bericht gaben den Anstoss für den "Impuls Innenentwicklung". Ziel des tripartit getragenen Impulses ist primär die Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes (RPG I). Die konkreten Leistungen in den drei gemeinsam definierten Bausteinen (Beratung, Bildungs- und Weiterbildung und Beispielsammlung sowie in der Kommunikation als Querschnittsaufgabe) werden von Espace Suisse erbracht.

Da die Bundesunterstützung für den Impuls Ende 2020 ausläuft, hat die TK entschieden, knapp zwei Jahre vor Abschluss eine Standortbestimmung vorzunehmen. Die TK-Geschäftsstelle und Espace Suisse organisierten dazu am 14. März einen tripartiten Workshop. Als Schlussfolgerung aus dem Workshop lässt sich festhalten, dass der Impuls grundsätzlich den Bedürfnissen der Gemeinden entspricht. Da die Gemeinden auch in den kommenden Jahren mit der Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes (RPG I) stark gefordert sein werden, besteht auch weiterhin ein grosser Wissens- und Unterstützungsbedarf, was für eine Fortsetzung des Programms "Impuls Innenentwicklung" spricht.

Aufgrund dieses Befunds beschloss die TK vom 21. Juni unter Federführung des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) und unter Einbezug der TK-Partner sowie Espace Suisse eine vertiefte externe Evaluation des Impulses vorzunehmen. Das ARE beauftragte das Büro Infrac mit der Durchführung dieser Evaluation. Gestützt darauf wollen die TK-Partner 2020 über eine Fortsetzung des "Impuls Innenentwicklung" und dessen künftige Ausgestaltung entscheiden.

## Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten

Die KID nahm 2019 zu vier Vernehmlassungsvorlagen des Bundes Stellung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Arbeit der Integrationsdelegierten haben (Motion 18.3002 der Staatspolitischen Kommission des Ständerats und Motion 15.3953 von Nationalrat Gerhard Pfister, Grundsatzpapier 2021–2024 "Förderung des Erwerbs und Erhalts von

Grundkompetenzen Erwachsener" gemäss Artikel 16 des Weiterbildungsgesetzes, Vorentwurf zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes, Vorentwurf eines Bundesbeschlusses über Finanzhilfen für kantonale Programme zur Weiterentwicklung der Politik der frühen Kindheit). Zusätzlich verabschiedete sie ein Positionspapier zur Wirkungsmessung im Bereich der spezifischen Integrationsförderung zuhanden des Teilprojekts Monitoring im Rahmen der Integrationsagenda Schweiz.

Inhaltliche Schwerpunkte der KID bildeten Fragen zur Armutproblematik und zu den ausländerrechtlichen Konsequenzen beim Sozialhilfebezug; die KID setzte dazu eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe ein, die die Anforderungen an eine adäquate und faire Information von Migrantinnen und Migranten so weit als möglich klärt. Des Weiteren diskutierte die KID mit den Verantwortlichen des Staatssekretariats für Migration (SEM) den Zielkonflikt zwischen ausländerrechtlich negativen Entscheiden für Personen mit Asylsuchendenstatus und vorläufig Aufgenommene und der integrationspolitisch gewünschten beruflichen Integration. Auf Vorschlag des SEM wurden zudem die neuesten Entwicklungen beim Weiterbildungsgesetz (WeBiG) und dessen Schnittstelle zur spezifischen Integrationsförderung diskutiert. Sowohl die Geschäftsstelle wie auch Delegierte der KID sind zudem weiterhin mit der Begleitung der Arbeiten zur Integrationsagenda Schweiz betraut.

Die Geschäftsstelle organisierte im Berichtsjahr drei gesamtschweizerische Tagungen, drei Vorstandssitzungen und eine Retraite und nahm an verschiedenen Sitzungen der KID-Regionalkonferenzen sowie Partnerorganisationen teil.

# 03

## 3 Rechnung

Bei der vorliegenden Jahresrechnung handelt es sich um eine gekürzte Darstellung. Der Revisionsbericht bezieht sich auf die umfassende Jahresrechnung.

### Jahresrechnung 2019

	Rechnung 2019	Budget 2019	Rechnung 2018
Kantonsbeiträge	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Beiträge TK Bund und Gemeinden	268'325.07	300'000	300'383.25
Übrige Einnahmen	3'777.09	0	3'892.77
<b>Total Ertrag</b>	<b>3'568'102.16</b>	<b>3'596'000</b>	<b>3'600'276.02</b>
Personalaufwand	2'635'905.55	2'876'000	2'690'180.06
Betriebsaufwand	398'475.47	417'000	394'491.86
Arbeitsgruppen / Projekte	440'998.21	263'000	350'074.58
Tripartite Konferenz (TK)	88'325.07	120'000	120'383.25
<b>Total Aufwand</b>	<b>3'563'704.30</b>	<b>3'676'000</b>	<b>3'555'129.75</b>
<b>Einnahmeüberschuss</b>	<b>4'397.86</b>		<b>45'146.27</b>
<b>Ausgabenüberschuss</b>		<b>80'000</b>	
<b>(Finanzierung aus Guthaben Kantone)</b>			
<b>Guthaben Kantone per 31.12.</b>	<b>1'370'800.36</b>		<b>1'366'402.50</b>

Die Jahresrechnung 2019 der KdK schliesst bei einem Aufwand von CHF 3'563'704.30 (Kantonsbeiträge CHF 3'296'000.00) mit einem Ertragsüberschuss von CHF 4'397.86 ab. Dieser wird gemäss Kostenverteiler dem Guthaben der Kantone zugewiesen, welches sich dadurch auf CHF 1'370'800.36 erhöht.

Die Revision der Jahresrechnung 2019 wurde am 14. April 2020 durch die Von Graffenried AG Treuhand vorgenommen. Der Bericht der Revisionsstelle befindet sich im Anhang 5 dieses Berichts.

### Kostenverteiler 2019 (gemäss Art. 14 der Vereinbarung vom 8.10.1993)

Kanton	Mittlere Wohnbevölkerung 2016	Schlüssel	Kantonsbeiträge 2019
Aargau	658'568.5	7.87%	259'233
Appenzell AR	54'748.5	0.65%	21'551
Appenzell IR	15'988.5	0.19%	6'294
Basel-Landschaft	284'427.5	3.40%	111'959
Basel-Stadt	192'443.5	2.30%	75'752
Bern / Berne	1'021'998.0	12.21%	402'289
Fribourg / Freiburg	309'687.5	3.70%	121'902
Genève	487'130.0	5.82%	191'749
Glarus	40'087.5	0.48%	15'780
Graubünden / Grischun / Grigioni	197'080.0	2.35%	77'577
Jura	72'952.0	0.87%	28'716
Luzern	401'079.5	4.79%	157'877
Neuchâtel	178'337.0	2.13%	70'199
Nidwalden	42'488.0	0.51%	16'725
Obwalden	37'227.0	0.44%	14'654
St. Gallen	500'808.5	5.98%	197'133
Schaffhausen	80'302.5	0.96%	31'610
Schwyz	154'978.0	1.85%	61'004
Solothurn	267'929.5	3.20%	105'465
Thurgau	269'069.0	3.21%	105'914
Ticino	353'160.5	4.22%	139'015
Uri	36'059.0	0.43%	14'194
Valais / Wallis	337'436.0	4.03%	132'825
Vaud	779'114.5	9.30%	306'683
Zug	123'041.0	1.47%	48'433
Zürich	1'477'196.5	17.64%	581'469
			-2
<b>Total</b>	<b>8'373'338</b>	<b>100.00%</b>	<b>3'296'000</b>

Einwohnerzahlen gemäss Wohnbevölkerung Bundesamt für Statistik



---

# Sommaire

<b>Avant-propos.....</b>	<b>25</b>
<b>1 Organisation.....</b>	<b>26</b>
1.1 Assemblée plénière .....	26
1.2 Bureau .....	27
1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques .....	28
1.4 Secrétariat .....	28
<b>2 Activités.....</b>	<b>30</b>
2.1 Axes prioritaires.....	30
2.1.1 Généralités.....	30
2.1.2 Politique extérieure.....	31
2.1.3 Politique intérieure.....	31
2.1.4 Prises de position.....	33
2.1.5 Collaboration Confédération-cantons.....	36
2.1.6 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales.....	37
2.2 Autres activités .....	38
2.2.1 Généralités.....	38
2.2.2 Politique extérieure.....	39
2.2.3 Politique intérieure.....	40
2.2.4 Mandats .....	41
<b>3 Comptes .....</b>	<b>43</b>
<b>Annexes.....</b>	<b>45</b>

---

# Avant-propos

Madame, Monsieur,

Qui aurait imaginé, fin 2019, que la Suisse serait confrontée quelques mois plus tard à une crise sans précédent ? La pandémie de Covid-19 qui sévit actuellement est un énorme défi pour la Confédération, les cantons et les communes.



En ces temps de crise, le fédéralisme est mis à rude épreuve, mais prouve qu'il est à même de résister. Il permet une coordination étroite entre les échelons institutionnels ainsi que la mise en place dans les cantons de trains de mesures calqués sur les besoins de l'économie locale. De leur côté, un peu partout, les communes et la société civile se mobilisent pour apporter rapidement de l'aide. Cet engagement impressionnant montre à quel point il est important que les collectivités locales soient dotées d'une réelle capacité d'action. Les valeurs traditionnelles du fédéralisme que sont la responsabilité individuelle, la solidarité, l'entraide et l'autonomie d'organisation seront indispensables pour venir à bout de cette situation.

Le rapport annuel 2019 de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) illustre une fois de plus combien le fédéralisme est vivant et capable de se renouveler. L'an dernier, les cantons ont proposé des solutions susceptibles de rallier une majorité, solutions qu'ils sont parvenus à asseoir avec le concours de la Confédération. Le meilleur exemple est certainement l'optimisation de la péréquation financière nationale approuvée en été par les Chambres fédérales. Le compromis avancé par les cantons, qui garantit un système péréquatif plus juste et plus transparent, a permis de boucler un chantier majeur de politique intérieure. Les cantons ont aussi défendu la création d'un organe de pilotage politique chargé de suivre l'évolution de la compensation des ressources et des charges et de proposer des adaptations. Ceci afin d'assurer la viabilité et l'acceptation du dispositif sur le long terme.

En octobre, la CdC et le Département fédéral des finances (DFF) ont publié le rapport final *Administration numérique : projet d'optimisation du pilotage et de la coordination au sein de l'État fédéral*, lequel envisage plusieurs solutions pour renforcer la collaboration institutionnelle entre la Confédération, les cantons et les communes dans le domaine de la numérisation. Il s'agit là de l'un des enjeux majeurs de notre temps auquel il faudra répondre par une action ciblée et efficace, d'autant que la pandémie devrait en accélérer durablement la progression.

La Confédération et les cantons ont lancé cette année – soit dix ans après la première réforme – un projet de réexamen de la répartition des tâches. Les domaines concernés sont la réduction individuelle des primes, les prestations complémentaires, le trafic régional de voyageurs et le financement de l'infrastructure ferroviaire. L'objectif du projet est de procéder à une attribution claire des responsabilités et des financements, afin d'accroître la marge de manœuvre et de rendre plus performantes les prestations.

En juin 2020, le président de gouvernement Christian Rathgeb (GR) reprendra les rênes de la CdC. Après trois années de présidence extrêmement passionnantes, je me réjouis de continuer à défendre les intérêts des cantons en siégeant sur les bancs du Conseil des États. À mon successeur et à mes collègues du Bureau de la CdC, j'adresse mes remerciements pour leur engagement sans faille et tous mes vœux de réussite. Je tiens aussi à remercier les collaborateurs de leur travail fructueux en faveur des cantons.

Je vous remercie de l'intérêt que vous portez aux activités de la CdC et vous souhaite une bonne lecture.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'B. Würth'.

Benedikt Würth, conseiller d'État, Président

# 01

## 1 Organisation

### 1.1 Assemblée plénière

L'organe suprême de décision de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) est l'Assemblée plénière, qui se réunit quatre fois par an. Il appartient au gouvernement de chaque canton d'y déléguer l'un de ses membres et de régler les modalités de sa représentation au sein de la CdC.

Ont participé aux assemblées plénières en 2019 :

Canton	Représentant
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État
BE	Christoph Ammann, président de gouvernement Christine Häslér, conseillère d'État
LU	Paul Winiker, président de gouvernement
UR	Heidi Z'graggen, conseillère d'État
SZ	Kaspar Michel, landammann André Rüegsegger, conseiller d'État
OW	Daniel Wyler, conseiller d'État
NW	Othmar Filliger, conseiller d'État
GL	Andrea Bettiga, landammann Benjamin Mühlemann, conseiller d'État
ZG	Silvia Thalman-Gut, conseillère d'État
FR	Olivier Curty, conseiller d'État Georges Godel, conseiller d'État
SO	Brigit Wyss, conseillère d'État
BS	Elisabeth Ackermann, présidente de gouvernement Hans-Peter Wessels, conseiller d'État
BL	Anton Lauber, conseiller d'État Isaac Reber, président de gouvernement

SH	Christian Amsler, conseiller d'État
AR	Köbi Frei, conseiller d'État Paul Signer, conseiller d'État
AI	Roland Dähler, landammann (suppléant) Daniel Fässler, landammann
SG	Benedikt Würth, conseiller d'État
GR	Christian Rathgeb, conseiller d'État
AG	Markus Dieth, conseiller d'État
TG	Cornelia Komposch, conseillère d'État Carmen Haag, conseillère d'État
TI	Norman Gobbi, conseiller d'État
VD	Pascal Broulis, conseiller d'État
VS	Roberto Schmidt, président de gouvernement
NE	Alain Ribaux, président de gouvernement
GE	Serge Dal Busco, conseiller d'État Antonio Hodgers, président de gouvernement
JU	Jacques Gerber, président de gouvernement Charles Juillard, ministre

## 1.2 Bureau

Le Bureau est l'organe exécutif de la CdC. Les neufs représentants qui le composent sont issus de toutes les régions ; ils se chargent de la préparation des dossiers de l'Assemblée plénière. Peuvent y siéger selon le règlement de la CdC du 20 mars 2009 la Suisse romande (deux sièges), la Suisse italienne et rhéto-romanche, la Suisse orientale, du Nord-Ouest et centrale ainsi que les cantons de Berne et de Zurich.  
Ont participé aux séances du Bureau en 2019 :

Canton	Représentant
SG / ORK	Benedikt Würth, conseiller d'État, président
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État, vice-président
BE	Christoph Ammann, conseiller d'État
UR / ZRK	Heidi Z'graggen, conseillère d'État
BS / NWRK	Elisabeth Ackermann, présidente de gouvernement (jusqu'au 30.06.2019)
BL / NWRK	Anton Lauber, conseiller d'État (à compter du 01.07.2019)
GR	Christian Rathgeb, conseiller d'État
TI	Norman Gobbi, conseiller d'État
NE / CGSO	Alain Ribaux, président de gouvernement
VD / CGSO	Pascal Broulis, conseiller d'État

### 1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques

Outre ces deux organes, la CdC compte un grand nombre de commissions et de groupes de travail chargés de dossiers ou de mandats spécifiques. Leur composition est détaillée à l'annexe 2. La liste des délégations de la CdC au sein d'organes ou de groupes de travail nationaux ou internationaux se trouve à l'annexe 3.

### 1.4 Secrétariat

En vertu de la convention sur la Conférence des gouvernements cantonaux, la CdC compte un secrétariat permanent dont la gestion a été confiée, lors de l'assemblée constituante, à la Fondation ch pour la collaboration confédérale, qui avait joué un rôle prépondérant dans sa création. C'est donc la Fondation ch qui gère le secrétariat et son directeur, Roland Mayer, est aussi secrétaire général de la CdC.

Fin 2019, le Secrétariat CdC affiche un effectif de 26 collaborateurs (18,7 équivalents plein temps), dont 23 travaillent à la Maison des cantons à Berne et trois représentent la CdC au sein de l'administration fédérale : Direction des affaires européennes (DAE/DFAE), Département fédéral de justice et police (DFJP) et Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles. Les collaborateurs des Services centraux travaillent aussi bien pour le Secrétariat CdC que pour l'exploitation de la Maison des cantons et la Fondation ch.

L'organigramme de la CdC figure à l'annexe 1.

#### Effectif au 31.12.2019

##### Direction/Secrétariat

- Roland Mayer, secrétaire général
- Thomas Minger, secrétaire général suppléant
- Pia Baumgartner, collaboratrice Secrétariat
- Manuela Furrer, responsable Secrétariat
- Marina Krebs, collaboratrice Secrétariat
- Stagiaire

##### État-major Communication

- Nicole Gysin, cheffe de la communication
- Alexander Jungo, collaborateur scientifique

##### Services centraux

- Monika Zanon, cheffe de service
- Rosmarie Bäumlér, spécialiste Finances
- Christine Bonvin, traductrice
- Daniel Bühler, informaticien
- Léa Coudry, traductrice
- Helene Leuenberger, spécialiste RH
- Pascale Prisset, responsable Service linguistique

##### Politique extérieure

- Roland Mayer, chef de service
- Dea Rolih, suppléante du chef de service
- Luca Gobbo, chargé d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE
- Coralie Menétrey, suppléante du chargé d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE, collaboratrice scientifique de la direction
- Roland Krimm, chargé d'information des cantons à la Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles

- Hanspeter Pfenninger, coordinateur Schengen/Dublin, conseiller juridique principal

#### Politique intérieure

- Thomas Minger, chef de service
- Nicole Gysin, suppléante du chef de service, cheffe de la communication
- Regina Bühlmann, secrétaire Conférence des délégués à l'intégration, collaboratrice scientifique
- Nadine Eckert, secrétaire Conférence tripartite, collaboratrice scientifique
- Christian Gobat, responsable RPT
- Céline Maye, collaboratrice scientifique
- Jarrah Peter, stagiaire scientifique
- Christine Winkelmann, collaboratrice scientifique

# 02

---

## 2 Activités

### 2.1 Axes prioritaires

#### 2.1.1 Généralités

##### Planification des dossiers CdC

Depuis 2015, la CdC évalue chaque année l'ensemble de ses dossiers afin d'assurer un suivi stratégique pertinent. Les dossiers sont classés en fonction des intérêts prioritaires des cantons. En 2019, les cinq dossiers les plus importants pour la CdC ont été l'optimisation de la péréquation financière nationale, la politique européenne (accord institutionnel et Brexit), le réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, la politique d'intégration (Agenda Intégration Suisse) et la cyberadministration/numérisation. Ces dossiers ont nécessité une approche concertée, un traitement proactif et une implication constante du Secrétariat, et continueront d'être suivis de près en 2020.

##### Monitoring du fédéralisme 2.0

Développer et moderniser le fédéralisme constitue l'une des principales vocations de la Fondation ch pour la collaboration confédérale. Depuis 2005, le Secrétariat CdC procède à un monitoring du fédéralisme sur mandat de la Fondation ch. En 2017, la CdC a décidé de revoir entièrement le concept du monitoring, afin de lui donner une orientation plus politique. En 2019, l'accent a donc été mis sur l'élaboration d'un nouveau tableau de bord du fédéralisme. La société informatique Basis06 a été chargée du développement et de la conception de la nouvelle base de données Ristretto et le Secrétariat a établi le premier tableau de bord, en collaboration avec les conférences des directeurs.

Le rapport pluriannuel a lui aussi été revu. Le Secrétariat a soumis aux gouvernements cantonaux de nouveaux questionnaires, dont l'orientation politique a été renforcée. Ainsi, des exemples plus concrets pourront figurer dans le rapport.

##### Communication CdC : activités

Quatre newsletters *Le point de vue des cantons* sont parues cette année, à l'issue de chaque Assemblée plénière. Elles ont été consacrées à la loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (projet RFFA),

à l'optimisation de la péréquation nationale, à l'initiative populaire « Pour une immigration modérée (initiative de limitation) » ainsi qu'au rapport final *Administration numérique : projet d'optimisation du pilotage et de la coordination de la transformation numérique au sein de l'État fédéral*. L'état-major Communication a par ailleurs organisé une conférence de presse sur le projet RFFA (récapitulatif à l'annexe 4). Le 28 novembre, les responsables cantonaux des affaires extérieures ont été reçus par le Secrétariat CdC, à la Maison des cantons.

## 2.1.2 Politique extérieure

### Politique européenne : coordination et questions institutionnelles

Cette année encore, les organes CdC ont été régulièrement informés de l'avancement des négociations en vue d'un accord institutionnel (AInst), du Dialogue Europe et d'autres développements importants.

Dans le cadre de la consultation sur le projet d'accord institutionnel lancée par le Conseil fédéral, l'Assemblée plénière a adopté le 29 mars une prise de position dans laquelle les gouvernements cantonaux réitèrent leur soutien de principe à un accord institutionnel, mais précisent cependant que certaines questions méritent approfondissement.

Le 7 juin, après avoir discuté des résultats de la consultation, le Conseil fédéral a arrêté sa position sur l'AInst. Il a notamment demandé des éclaircissements sur les dispositions relatives à la protection des salaires et des travailleurs, sur les aides d'État et sur la directive relative aux droits des citoyens de l'Union (UBRL). Aussi a-t-il décidé d'associer étroitement les partenaires sociaux et les cantons au processus, afin de favoriser la recherche d'une entente avec l'UE. Le président de la CdC a été invité à s'associer aux travaux, lesquels se sont déroulés à deux niveaux : à l'échelon du Conseil fédéral sous la direction du chef du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) avec les présidents des partenaires sociaux, de la CdC et de la Conférence des chefs des départements cantonaux de l'économie publique (CDEP) (« comité Plus ») et à l'échelon d'une *task force* opérationnelle conduite par le secrétaire d'État Roberto Balzaretto, à laquelle sont associés un à deux représentants de haut rang des partenaires sociaux et des cantons. Après la pause estivale, il a été convenu de constituer deux groupes de travail, l'un sur les aides d'État et l'autre sur l'UBRL. L'objectif des travaux est de formuler des propositions à l'attention de la *task force* et du comité Plus. Les différents organes constitués se sont réunis à plusieurs reprises au second semestre.

Il a en outre été décidé qu'aucune discussion formelle avec l'UE ne pourra être engagée avant la votation sur l'initiative populaire « Pour une immigration modérée (initiative de limitation) ».

## 2.1.3 Politique intérieure

### Optimisation de la péréquation financière Confédération-cantons

Les débats aux Chambres fédérales se sont terminés en 2019. Le 18 janvier, la Commission des finances du Conseil national (CdF-N) a procédé à l'audition de la délégation de la CdC. Le 7 mai, le Conseil national a adopté les modifications de la loi fédérale sur la péréquation financière et la compensation des charges (LPFCC). La seule différence par rapport au projet du Conseil fédéral concerne l'ajout d'une disposition visant à garantir que les modifications de la péréquation financière contenues dans la loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA) ne créent pas de situation juridique contradictoire. Le 5 juin, le Conseil des États a accepté cette disposition visant à coordonner l'entrée en vigueur des articles de la LPFCC qui font partie intégrante de la RFFA.

Le 21 juin, les Chambres fédérales ont accepté la modification de la LPFCC à une large majorité. Les modifications sont entrées en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2020. Les adaptations de l'ordonnance sur la péréquation financière et la compensation des charges (OPFCC), pour mettre en œuvre la RFFA et le projet d'optimisation de la péréquation financière, ont été adoptées le 6 novembre par le Conseil fédéral.

En décembre, le Conseil fédéral et l'Assemblée plénière CdC ont approuvé la constitution d'un organe de pilotage politique de la péréquation financière et accepté le mandat ad hoc. Cet organe devra suivre l'évolution de la compensation des ressources et des charges et, si des adaptations s'avèrent nécessaires, les préparer en s'appuyant sur le rapport sur l'efficacité. Il s'agit d'assurer la viabilité et l'acceptation du dispositif péréquatif sur le long terme. Placé sous



la conduite du Département fédéral des finances (DFF), l'organe est composé paritairement. La délégation cantonale comprend un représentant de la présidence de la CdC, un représentant des cantons à faible potentiel de ressources et un représentant des cantons à fort potentiel de ressources. Au moins un des trois membres représente la Suisse latine.

## Agenda Intégration Suisse

L'année 2018 a marqué le lancement, par la CdC et la Confédération, de l'Agenda Intégration Suisse (AIS), dont l'objectif est de permettre l'insertion rapide et durable des personnes admises à titre provisoire (AP) et des réfugiés (R), et de réduire leur dépendance de l'aide sociale. La Confédération et les cantons sont également convenus de développer l'AIS au cours d'une phase II, et d'examiner le financement de l'hébergement, de l'encadrement et de l'intégration dans le domaine de l'asile et des réfugiés (volet 1), l'objectif étant de simplifier le système de financement, d'alléger la charge administrative de la Confédération et des cantons et de miser davantage sur des mesures incitatives. Le volet 2 sera dédié à la mise en place d'un monitoring de l'AIS tandis que le volet 3 sera l'occasion d'examiner comment faire suivre une formation professionnelle à un plus grand nombre d'adolescents et de jeunes adultes arrivés tardivement en Suisse en provenance de l'UE, de l'AELE ou d'États tiers.

Des travaux techniques ont déjà eu lieu durant l'année sous revue. De nombreuses réunions et ateliers ont permis d'envisager différents modèles et d'élaborer des bases décisionnelles afin d'engager, au second semestre 2020, une discussion politique qui portera sur le nouveau modèle de financement, sur le concept de monitoring et sur d'autres mesures d'intégration des jeunes arrivés tardivement.

Pour accompagner les cantons dans la mise en œuvre, le Secrétariat CdC et le Secrétariat d'État aux migrations (SEM) ont proposé des ateliers sur les différents thèmes phares de l'AIS, visant le partage de connaissances et d'expériences. Ces ateliers ont rencontré un franc succès.

## Cyberadministration/numérisation : renouvellement de la Stratégie suisse de cyberadministration et de la convention-cadre de droit public, rapport final sur l'optimisation du pilotage de l'administration numérique

L'année 2019 a été marquée par le renouvellement de la Stratégie suisse de cyberadministration et de la convention-cadre de droit public concernant la collaboration en matière de cyberadministration en Suisse. L'Assemblée plénière du 27 septembre a adopté une prise de position commune (ch. 2.1.4) grâce à laquelle les revendications des cantons ont été largement entendues. Aussi les gouvernements cantonaux ont-ils suivi le Conseil fédéral et approuvé, le 20 décembre, la nouvelle stratégie suisse de cyberadministration 2020-2023 et la convention-cadre révisée. L'Assemblée plénière a également nommé les nouveaux représentants des cantons au Comité de pilotage Cyberadministration suisse : il s'agit de la conseillère d'État Maya Büchi-Kaiser (OW), du conseiller d'État Jean-Pierre Siggen (FR) et du directeur de la Chancellerie Daniel Spadin (GR).

Au printemps, le Département fédéral des finances (DFF) et la CdC ont lancé, sur mandat du Conseil fédéral et des gouvernements cantonaux, le projet commun d'optimisation du pilotage et de la coordination de la transformation numérique au sein de l'État fédéral. Les résultats ont été publiés mi-octobre par le DFF et la CdC, sous la forme d'un rapport dont il ressort que la transition numérique ne pourra se faire sans nouvelle gouvernance. Une réalisation en trois étapes est proposée : la première consistera en un transfert des structures actuelles vers une nouvelle plate-forme politique, la deuxième permettra de doter cette plate-forme de compétences décisionnelles (restreintes) tandis que la troisième prévoit la mise en place d'une autorité commune à la Confédération et aux cantons. Les ressources à disposition seront mutualisées dans un souci d'efficacité. Chaque étape sera suivie d'une évaluation qui permettra de tirer des enseignements pour les suivantes. Le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux ont décidé que la mise en œuvre des propositions devra être entamée en 2020.

## Réexamen de la répartition des tâches Confédération-cantons

La Confédération et les cantons ont identifié un potentiel de désenchevêtrement des tâches communes. Aussi ont-ils lancé en 2019 – soit dix ans après la première réforme – un projet de réexamen de la répartition des tâches. Le 28 juin, les gouvernements cantonaux ont approuvé le mandat du projet « Répartition des tâches II », emboîtant le pas au Conseil fédéral. L'objectif du projet est de procéder à une attribution claire des responsabilités afin d'accroître la marge de manœuvre et de rendre plus performante la fourniture de prestations. Les domaines de tâches concernés sont la réduction individuelle des primes, les prestations complémentaires AVS/AI, le trafic régional de voyageurs et le

financement de l'infrastructure ferroviaire. En outre, un monitoring de l'évolution des coûts et des baisses ou hausses des charges pour la Confédération et les cantons doit être développé conjointement. L'organisation de projet commune a commencé ses travaux à l'automne ; elle devra élaborer des propositions de réforme concrètes d'ici mi-2022.

## 2.1.4 Prises de position

Pour être adoptées, les prises de position de la CdC requièrent une majorité qualifiée de 18 gouvernements cantonaux au moins. Le droit des cantons à prendre position individuellement est garanti.

---

*Prises de position dans le cadre de la participation au processus de décision sur le plan fédéral (art. 45 Cst.)*

### Programme de législature de la Confédération 2019-2023

Afin de renforcer le dialogue politique, les cantons sont associés en amont au programme de législature de la Confédération. Faisant suite à la consultation sur les champs d'action prioritaires organisée au printemps, l'Assemblée plénière du 27 septembre a adopté à l'attention du Conseil fédéral une prise de position commune sur les dossiers et mesures du programme de législature 2019-2023 qu'ils estiment les plus importants.

### Renouvellement de la Stratégie suisse de cyberadministration et convention-cadre de droit public

Réunis en Assemblée plénière le 27 septembre, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur la Stratégie suisse de cyberadministration (2020-2023) et sur la convention-cadre de droit public concernant la collaboration en matière de cyberadministration en Suisse 2020. S'ils ont constaté que ces deux documents reprennent pour l'essentiel les objectifs, les principes et les champs d'action contenus dans les *Lignes directrices des cantons relatives à l'administration numérique* (2018), les cantons ont demandé plusieurs adaptations : ainsi, la collaboration menée jusqu'ici figure dans la stratégie et l'idée directrice a été complétée dans le sens d'une mise en œuvre inclusive et respectueuse des ressources. La question de la gestion commune des données a aussi été précisée, de sorte à privilégier l'utilisation des registres et des solutions de mise en réseau existants plutôt que la création de registres centralisés. Enfin, l'importance des modèles de financement et d'exploitation pour le développement, la mise au concours et l'exploitation de solutions et de systèmes profitant à tous a été réaffirmée.

---

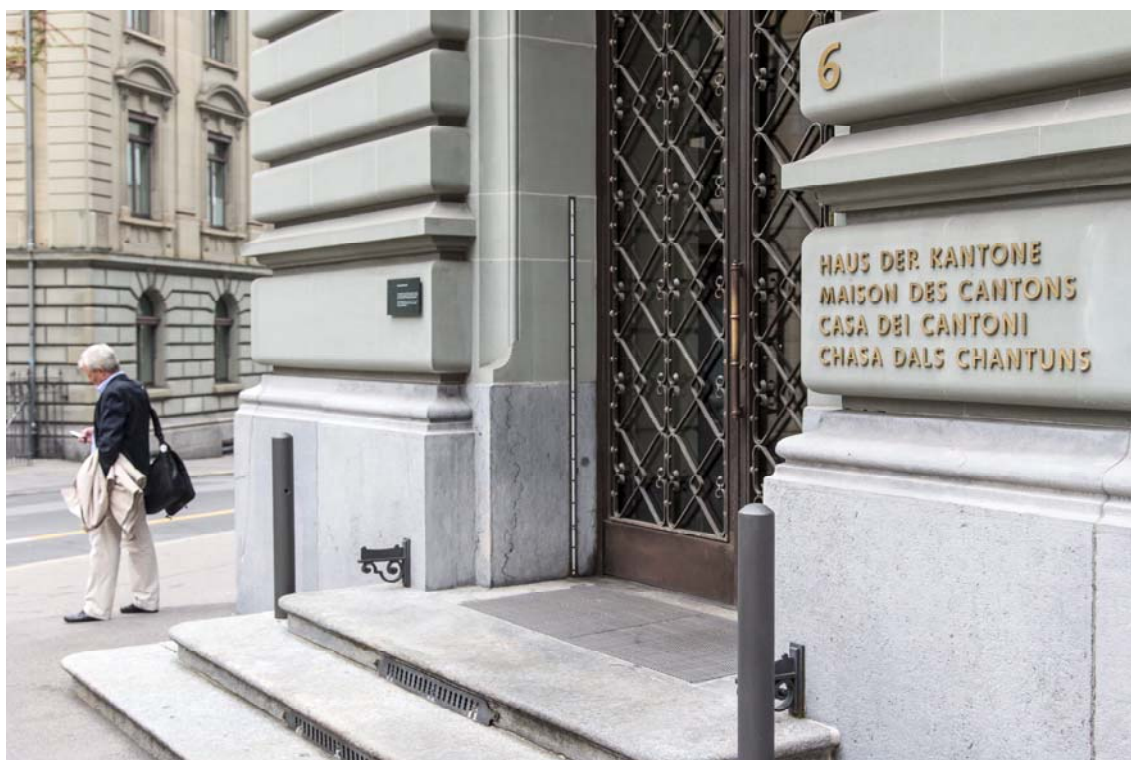
*Prises de position dans le cadre de la participation des cantons aux décisions de politique extérieure (art. 55 Cst.)*

### Accord institutionnel Suisse-UE

Réunis en Assemblée plénière le 29 mars, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position sur le projet d'accord institutionnel (AInst), dans laquelle ils confirment la nécessité de consolider, de poursuivre et de renforcer la collaboration bilatérale avec l'UE et réitèrent leur soutien de principe à un accord institutionnel. Ils signalent aussi que le projet contient de nombreux éléments positifs, par exemple les dispositions sur la reprise dynamique du droit et sur le règlement des différends. Cependant, ils précisent que certaines questions ne sont pas encore réglées et méritent approfondissement, à savoir les aides d'État, la directive relative aux droits des citoyens de l'Union (UBRL) et les mesures d'accompagnement (FlaM).



*La conseillère d'État Eva Herzog, vice-présidente CDF, le conseiller d'État Benedikt Würth, président CdC, et le conseiller d'État Ernst Stocker, vice-président CdC, à la conférence de presse sur la loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA) organisée le 10 mai 2019 à la Maison des cantons (Keystone-ATS, Peter Schneider).*



*L'entrée de la Maison des cantons (Keystone-ATS, Peter Klauzner).*

## Accord entre la Suisse et le Royaume-Uni relatif aux droits des citoyens

Réunis en Assemblée plénière le 28 juin, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position sur l'accord entre la Suisse et le Royaume-Uni relatif aux droits des citoyens à la suite de la sortie du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la dénonciation de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP). Les gouvernements cantonaux considèrent que l'accord est dans l'intérêt de la Suisse et qu'il atteint le but visé : protéger les droits des citoyens des deux pays acquis en vertu de l'ALCP passé entre la Suisse et l'UE, et éviter l'insécurité juridique et l'inégalité de traitement qui découleraient de la fin de l'ALCP.

---

*Prises de position dans le cadre de consultations concernant des actes législatifs importants (art. 147 Cst.)*

## Modification de la loi fédérale sur les droits politiques (projet Vote électronique)

Réunis le 29 mars en Assemblée plénière, les gouvernements cantonaux ont pris position sur la modification de la loi fédérale sur les droits politiques (projet Vote électronique). Les cantons soutiennent le projet, qui entend mettre un terme à une phase d'essai d'une quinzaine d'années et inscrire dans la loi la voie électronique comme troisième canal de vote à part entière. La modification législative proposée crée un cadre juridique clair, tout en assurant aux cantons la marge de manœuvre suffisante pour décider si et quand ils souhaitent introduire le vote électronique. Ces derniers se félicitent aussi expressément du niveau d'exigences en matière de sécurité.

## lv. pa. 09.528 : Financement moniste des prestations de soins

Réunis le 28 juin en Assemblée plénière, les gouvernements cantonaux ont pris position sur le projet de loi de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national (CSSS-N) sur la mise en œuvre de l'initiative parlementaire « Financement moniste des prestations de soins ». Ils réitèrent les critiques avancées par la Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé (CDS) et rejettent explicitement le projet de loi sous sa forme actuelle. Les cantons souhaitent que le lien établi entre l'EFAS et le pilotage des admissions soit supprimé, et entendent obtenir des instruments efficaces pour gérer les soins ambulatoires. Ils demandent également l'inscription avec force obligatoire des prestations de soins dans le projet, la mise en place d'organisations tarifaires tripartites, la neutralité des coûts pour chaque canton lors du passage à la nouvelle structure et des dispositions sur la transparence du contrôle des factures.

---

*Prises de position en vue de scrutins populaires (art. 140 et 141 Cst.)*

## Mise en œuvre dans le droit suisse de la directive européenne sur les armes

L'Assemblée plénière du 29 mars a pris position en vue de la votation du 19 mai relative à la mise en œuvre dans le droit suisse de la directive européenne sur les armes (référendum sur la révision partielle de la loi sur les armes). Les gouvernements cantonaux soutiennent la révision partielle car ils estiment qu'un rejet impacterait considérablement l'accord d'association à Schengen/Dublin et donc la sécurité intérieure et le domaine de l'asile en Suisse.

## Loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA)

Le référendum ayant abouti, la loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA) a été mise en votation populaire le 19 mai. Le 29 mars, l'Assemblée plénière avait adopté une prise de position recommandant de voter oui au projet, car il constitue aux yeux des cantons un compromis équilibré. Les privilèges fiscaux dont bénéficient les sociétés actives essentiellement à l'international seront supprimés et les entreprises seront toutes logées à la même enseigne, sans que la Suisse ne perde de son attrait économique. Les recettes fiscales des cantons seront ainsi assurées sur le long terme. Sans la RFFA, les comptes de l'AVS et des collectivités publiques auraient pu connaître d'importants déficits.

## Initiative populaire fédérale « Pour une immigration modérée (initiative de limitation) »

Réunis le 27 septembre en Assemblée plénière, les gouvernements cantonaux se sont prononcés contre l'initiative populaire « Pour une immigration modérée (initiative de limitation) ». Les cantons estiment qu'il faut faire barrière à cette initiative, car dénoncer la libre circulation avec l'UE renforcerait la pénurie de main-d'œuvre et menacerait tous les accords bilatéraux. La Suisse perdrait son accès privilégié au marché intérieur de l'Union européenne, qui absorbe la majeure partie de ses exportations. Réintroduire les contingents signifierait un important surcroît de travail administratif tant pour les autorités cantonales que pour les entreprises, et porterait un coup à l'attractivité et à la compétitivité de la Suisse. Début 2020, la votation a été repoussée en raison de la pandémie de COVID-19.

### 2.1.5 Collaboration Confédération-cantons

#### Dialogue confédéral Confédération-cantons

Deux fois par an, des délégations du Conseil fédéral et de la CdC se rencontrent dans le cadre du Dialogue confédéral qui est l'occasion d'échanges d'informations et de points de vue sur des thèmes importants touchant à la coopération et au fédéralisme.

Les rencontres des 29 mars et 8 novembre ont permis d'une part d'aborder les questions fondamentales de coopération et de fédéralisme, de l'autre de traiter plus spécifiquement certains sujets, par exemple la numérisation de l'administration, le programme de législature 2019-2023 de la Confédération, la Conférence nationale sur le fédéralisme, la loi fédérale sur les droits politiques, le financement uniforme des prestations stationnaires et ambulatoires (EFAS), le Conseil de sécurité de l'ONU, le Dialogue Europe ou encore la possibilité d'une prochaine exposition nationale.

#### Dialogue Europe

Les délégations de la Confédération et des cantons se sont réunies les 14 février, 10 mai, 15 août et 28 octobre. Parmi les thèmes abordés figuraient les négociations d'un accord institutionnel Suisse-Union européenne ainsi que le Brexit et ses conséquences pour la Suisse.

#### Stammtisch des cantons

La CdC organise un « Stammtisch des cantons » le lundi soir de la deuxième semaine de la session des Chambres, ceci afin d'entretenir les relations avec les parlementaires fédéraux et d'intensifier les échanges de points de vue. Des représentants du Bureau et des membres des gouvernements cantonaux y rencontrent des membres du Conseil des États et d'anciens membres de gouvernement siégeant au Conseil national. Chacun de ces rendez-vous est consacré à un sujet d'actualité.

En 2019, les Stammtisch, au nombre de quatre, ont porté sur la 2<sup>e</sup> étape de la révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire (LAT 2), sur le développement de l'assurance-invalidité, sur les récents développements en politique européenne (initiative de limitation, accord institutionnel, Brexit), sur la collaboration CdC-Conseil des États pendant la dernière législature ainsi que sur le financement uniforme des prestations ambulatoires et stationnaires de l'assurance-maladie (EFAS).

#### Rencontre avec le Bureau du Conseil des États

Ce forum qui réunit deux fois par an le Bureau du Conseil des États et le Bureau de la CdC aborde des sujets politiques d'actualité ou des questions de collaboration. Outre les questions générales ayant trait à leur collaboration, les Bureaux ont débattu les 11 mars et 30 août des sujets suivants : politique européenne, loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA), optimisation de la péréquation financière, réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, « Le droit suisse au lieu de juges étrangers (initiative pour l'autodétermination) », cyberadministration/numérisation, Conférence nationale sur le fédéralisme, concept d'information officielle et association précoce des cantons aux projets législatifs du Parlement.

## Auditions parlementaires

En principe, il est laissé à l'appréciation de chaque présidence de commission de convier les cantons ou une délégation cantonale aux auditions, notamment lorsque les dossiers touchent aux intérêts vitaux des cantons.

C'est pour assurer une meilleure prise en compte de ces intérêts par le Conseil des États que des délégations du CdE et de la CdC sont convenues le 7 octobre 1998 de mieux associer les représentants des cantons (par l'intermédiaire de la CdC ou des conférences des directeurs) au travail des commissions.

En application de cette décision, le Secrétariat du Conseil des États communique à la CdC, en marge de la session, une liste des objets prévus pour examen par les commissions. En 2019, les délégations de la CdC ont pris part aux auditions suivantes :

Date	Commission	Objet parlementaire
18.01.2019	CdF-N	Optimisation de la péréquation financière nationale
15.08.2019	CIP-N	Initiative de limitation : position des cantons
20.08.2019	CIP-E	Droit de veto du Parlement sur les ordonnances du Conseil fédéral

### 2.1.6 *Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales*

#### Colloque présidentiel CdC – Conférences des directeurs

Les présidentes et présidents des conférences des directeurs et de la CdC se réunissent deux fois par an. Lors du colloque organisé à Spiez les 24 et 25 janvier, il a été question des dossiers sensibles pour les différentes conférences et des dossiers prioritaires tels que la politique européenne, le réexamen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, la cyberadministration ou le programme de législation de la Confédération. Une présentation des enjeux du changement climatique a confirmé la nécessité de coordonner cette thématique. La seconde rencontre, le 5 septembre, a permis d'aborder l'avancement des discussions dans le cadre de l'accord institutionnel, le projet d'optimisation du pilotage au niveau de l'administration numérique ou encore les priorités des cantons concernant le programme de législation de la Confédération.

#### Conférence des secrétaires des conférences intercantionales : coordination, divers

La Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo), dont le secrétariat est assuré par la CdC, a pour vocation de coordonner les tâches de suivi des affaires fédérales, ainsi que de favoriser la collaboration et l'échange d'informations entre les conférences intercantionales.

Lors des quatre séances organisées en 2019, la CoseCo a désigné les conférences responsables et intéressées pour les projets de la Confédération lancés en 2019, échangé des informations sur les objets mis en votation populaire et préparé les colloques présidentiels. De plus, elle a pu donner son avis sur le nouveau concept de monitoring du fédéralisme, la nouvelle application informatique pour assurer la coordination technique (Ristretto), les adaptations à apporter au concept d'information officielle sur les projets fédéraux mis en votation populaire et l'utilisation des réseaux sociaux par les conférences intercantionales. Elle a également pris connaissance du rapport sur les collaborations au sein de la Maison des cantons et des systèmes de gestion des dossiers utilisés par la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) et la Conférence suisse des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement (DTAP).

À l'automne 2019, la formation de la CoseCo a été consacrée au monitoring stratégique des projets fédéraux, l'occasion de dresser un bilan des pratiques dans les cantons et de faire ressortir les besoins en matière d'élaboration de stratégies communes au sein de la Maison des cantons. Elle a décidé d'examiner, en 2020, l'opportunité d'établir un concept définissant le processus à suivre pour élaborer des stratégies communes à plusieurs conférences intercantionales.

## Conférences gouvernementales régionales

Les représentants des secrétariats des conférences gouvernementales régionales et du secrétariat de la Conférence des gouvernements de l'espace métropolitain zurichois se sont retrouvés le 15 mai en présence du secrétaire général de la CdC et le 15 novembre en présence du secrétaire général suppléant. Ces séances ont été l'occasion d'échanger sur les principales activités et les projets les plus importants des conférences gouvernementales régionales. La CdC a informé de l'avancement et des prochaines étapes de ses projets prioritaires.

## 2.2 Autres activités

### 2.2.1 Généralités

#### Conférence nationale sur le fédéralisme : choix du canton hôte

La prochaine conférence nationale sur le fédéralisme aura lieu les 27 et 28 mai 2021. L'Assemblée plénière du 29 mars a décidé qu'elle se déroulerait dans le canton de Bâle-Ville. Ce dernier est chargé de préparer le programme avec ses partenaires de la Confédération, des cantons, des villes et des communes.

#### Solution de monitoring à l'intention des conférences et des cantons (Mocca/Ristretto)

La mise hors service de Mocca a suivi l'importation de ses données dans Ristretto, la nouvelle base de données désormais entièrement opérationnelle.

#### Forum des fédérations

La Suisse soutient le Forum des fédérations depuis sa création en 1999. Formellement partenaire depuis 2005, elle est représentée au Comité par Hans Altherr, ancien conseiller d'État et ancien président du Conseil des États. L'accord qui régit les relations entre la CdC et le Forum pour les années 2017 à 2020 prévoit une contribution financière annuelle de 50 000 francs, sous réserve de l'acceptation du budget CdC par les gouvernements cantonaux.

#### Délégations en visite

La CdC reçoit chaque année des délégations suisses et étrangères intéressées par le fédéralisme, le système politique helvétique ou la péréquation financière. Voici les délégations accueillies en 2019 à la Maison des cantons :

Date	Délégation/pays
26.02.2019	Royaume-Uni
20.05.2019	Corée du Sud
12/19.06.2019	Émirats arabes unis
02.10.2019	Myanmar

#### Rapport financier sur les conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles

La Fondation ch pour la collaboration confédérale établit chaque année un rapport contenant des informations sur les aspects financiers (charges et recettes) et structurels (effectifs) de la CdC et des conférences des directeurs. Le rapport financier 2018 a été présenté à l'Assemblée plénière du 20 décembre, qui en a pris connaissance. Il a ensuite été transmis à toutes les conférences des directeurs. Le rapport 2018 fait ressortir une diminution des charges et des recettes des conférences des directeurs entre 2017 et 2018. L'exercice 2018 se solde par un bénéfice.

## 2.2.2 Politique extérieure

### Politique européenne

Comme les années précédentes, des représentants des divers groupes de travail de l'organisation d'accompagnement de la CdC ont participé aux séances des comités mixtes dans les domaines Libre circulation des personnes, Accords de libre-échange, Marchés publics, Transports terrestres et Transport aérien. Par ailleurs, le secteur Politique extérieure a suivi, avec l'organisation d'accompagnement, le développement des accords sectoriels Suisse-Union européenne et l'évolution générale des relations avec l'Europe. Enfin, des représentants du Secrétariat ont pris part aux travaux du comité Plus, de la *task force* et des groupes de travail sur les aides d'État et sur la directive relative aux droits des citoyens de l'Union (UBRL), constitués suite aux demandes d'éclaircissements dans le dossier Accord institutionnel.

### Brexit

Initialement prévu pour le 29 mars, le retrait du Royaume-Uni (R.-U.) de l'Union européenne (UE) a été reporté à plusieurs reprises, faute de majorité au sein du Parlement britannique. Après l'approbation en octobre d'un nouvel accord par les chefs de gouvernement des 27 pays membres de l'UE et par le Parlement britannique, un nouveau report flexible du Brexit a été autorisé jusqu'au 31 janvier 2020.

Dans la perspective du retrait, le Conseil fédéral a poursuivi ses efforts pour garantir et étendre, le cas échéant, les droits et les obligations réciproques qui lieront les deux pays après le Brexit (stratégie « *Mind the gap* »). À ce titre, plusieurs accords ont été signés entre la Suisse et le R.-U. durant l'année. Les gouvernements cantonaux se sont prononcés sur l'accord Suisse-R.-U. relatif aux droits des citoyens, lors de l'Assemblée plénière du 28 juin.

### AELE (y compris le Forum régional)

Le Secrétariat CdC a observé les efforts accrus déployés par la Confédération en vue de la conclusion d'accords de libre-échange, et de l'actualisation et du développement d'accords existants avec des États tiers hors Union européenne – de type bilatéral ou intervenant dans le cadre de l'Association européenne de libre-échange (AELE). Des représentants des cantons ont en outre participé aux séances du Forum régional AELE en tant qu'observateurs.

### Congrès des pouvoirs locaux et régionaux d'Europe (GPLRE)

Le Congrès des pouvoirs locaux et régionaux du Conseil de l'Europe (CPLRE) s'est réuni les 27 et 28 mars ainsi que les 6 et 7 novembre. Le ministre jurassien David Eray préside la délégation suisse. Suite au retrait de la conseillère d'État Marie Garnier du gouvernement fribourgeois en 2018, son siège au sein de la délégation suisse a été repourvu pour la fin de la période 2016-2020 par le conseiller d'État fribourgeois Didier Castella.

### OMC/AGCS

En 2019, le Secrétariat CdC a continué d'observer les avancées dans le cadre des négociations de l'Organisation mondiale du commerce (OMC).

### Organisation d'accompagnement à Schengen/Dublin

Comme les années précédentes, des représentants des cantons à l'Organisation d'accompagnement à Schengen/Dublin (OASD) ont participé, aux côtés de la Confédération, à diverses réunions sur le développement normatif de Schengen/Dublin, aussi bien au niveau politique (rencontres à Bruxelles et au Luxembourg des ministres de la Justice et des Affaires intérieures des États membres de l'Union européenne) qu'au niveau des experts (réunions des comités mixtes et des groupes de travail de l'UE). Cette année encore, ces rencontres ont été consacrées aux mesures politiques et aux travaux législatifs de l'UE visant à renforcer les frontières extérieures et la sécurité intérieure, ainsi que ceux portant sur l'asile et sur les flux migratoires. Des experts de l'OASD ont également participé aux examens périodiques de la mise en œuvre de l'acquis de Schengen/Dublin dans plusieurs États de l'UE (dites évaluations Schengen/Dublin).



A également eu lieu en 2019 le suivi des évaluations Schengen/Dublin réalisées en Suisse en 2018 (mise en œuvre des recommandations formulées par l'UE).

## Lutte contre la corruption

Géré conjointement par la Confédération et les cantons, le réseau d'information dédié à la lutte contre la corruption s'est réuni deux fois. La rencontre du 4 juin a porté sur la question de la protection des lanceurs d'alerte, celle du 26 novembre sur l'opportunité d'un code de bonne conduite pour le personnel des administrations.

## 2.2.3 Politique intérieure

### Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons

La dernière mesure prévue dans le cadre de l'amélioration de la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons, à savoir leur association aux projets législatifs du Parlement, a été appliquée en 2019. La nouvelle procédure permet d'impliquer les cantons et les conférences des directeurs dans les travaux parlementaires, notamment au niveau des commissions. La réalisation sera analysée dans le cadre du monitoring du fédéralisme (un rapport est prévu pour 2021). Chargé de fournir un appui juridique au Secrétariat CdC, le groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral s'est réuni en mars pour discuter de cette procédure et d'autres objets parlementaires impliquant les cantons en matière juridique.

### Procédure intercantonale de règlement des différends

En 2019, aucune procédure intercantonale de règlement des différends n'était pendante.

### Introduction d'un droit de veto

Le conseiller national Thomas Aeschi a déposé en juin 2014 une initiative parlementaire visant à accorder au Parlement un droit de veto sur les ordonnances du Conseil fédéral. 23 cantons se sont clairement opposés au projet de loi du Conseil national mis en consultation en 2018, en raison notamment de l'insécurité juridique qu'il engendrerait et des complications qu'il créerait pour la mise en œuvre et l'exécution du droit fédéral par les cantons. En mai 2019, le Conseil fédéral a lui aussi rejeté l'introduction d'un droit de veto. Suite à l'approbation du projet par le Conseil national en juin, la Commission des institutions politiques du Conseil des États (CIP-E) a rencontré une délégation de la CdC. Les craintes des cantons ont été entendues et la CIP-E a décidé de ne pas entrer en matière. La CdC a envoyé aux cantons un courrier explicatif en août, afin que ceux-ci puissent rendre les parlementaires attentifs à cette question. Le Conseil des États a confirmé le point de vue de sa commission lors d'un vote en septembre, en décidant de ne pas entrer en matière. Le dossier est de retour au Conseil national.

### Programmes d'intégration cantonaux (PIC)

Depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2014, Confédération et cantons mettent en œuvre l'encouragement spécifique de l'intégration via les programmes d'intégration cantonaux (PIC), d'une durée de quatre ans. Les PIC reposent sur les objectifs stratégiques communs énoncés dans huit domaines d'encouragement. En 2018, les cantons ont lancé les programmes PIC de deuxième génération (PIC 2 : 2018-2021). Le Secrétariat CdC et le Secrétariat d'État aux migrations (SEM) apportent leur soutien aux cantons et discutent des défis que le groupe d'accompagnement doit relever. Celui-ci s'est réuni quatre fois en 2019 et a principalement traité de la mise en œuvre de l'AIS.

### Première activité professionnelle des réfugiés

Les réfugiés et les personnes admises à titre provisoire comptent parmi le potentiel de main-d'œuvre nationale. Il faut donc encourager leur insertion rapide et durable sur le marché de l'emploi et les mesures d'encouragement de l'Agenda Intégration Suisse seront complétées d'une première activité professionnelle d'une durée de six mois. L'Assemblée

plènière du 20 décembre a débattu des recommandations formulées à ce propos, avant de les adopter. Elles figureront en 2020 à l'ordre du jour des discussions avec les présidents des organisations patronales et les syndicats.

## Centre de compétence pour le fédéralisme (motion 18.3238)

En parallèle à une demande soumise par l'Institut du Fédéralisme et par la Fondation ch au Département fédéral de justice et police (DFJP) afin d'assurer un financement paritaire de l'institut, le conseiller aux États Beat Vonlanthen a déposé en 2018 la motion « Centre de compétence pour le fédéralisme. Participation au financement de base ». Le Conseil national l'ayant approuvée en septembre 2019, le dossier sera traité en 2020 par le Conseil des États.

## Réforme fiscale et financement de l'AVS (RFFA)

L'aboutissement du référendum contre la loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA) a été suivi de la votation populaire du 19 mai. L'Assemblée plénière du 29 mars a recommandé de voter oui au projet (ch. 2.1.4). Acceptée par une majorité de la population, la réforme fiscale est entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2020. Les cantons ont pratiquement tous engagé des mesures pour opérer les adaptations nécessaires. Plusieurs cantons ont arrêté un plan de réforme tandis que d'autres le mettront au point en 2020.

## 2.2.4 Mandats

### Conférence tripartite

En vertu de la Convention relative à la Conférence tripartite (CT) et du contrat de prestations signé par les secrétariats des membres CT (Conseil fédéral, CdC, Union des villes suisses et Association des Communes Suisse), la CdC gère le Secrétariat CT. Il a préparé et suivi les séances des 21 juin et 15 novembre, les séances du Groupe de travail technique (GTT) des 8 mai et 13 septembre et du Comité des présidents de délégation du 10 mai, accompagné les projets en cours, apporté son soutien, technique et administratif, à chacune des directions de projet tripartites et assuré la coordination avec les mandataires externes. Les temps forts de l'année ont été les suivants :

#### *Développement cohérent du territoire dans les structures régionales globales ville-campagne*

À l'automne 2017, la Conférence tripartite (CT) a donné son feu vert au projet « Développement cohérent du territoire dans les structures régionales globales ville-campagne », dont elle a confié le mandat au bureau Ernst Basler und Partner (EBP). Le 21 juin 2019, elle a pris acte du rapport *Structures régionales globales ville-campagne : comment promouvoir un développement cohérent du territoire ?*.

Le rapport met en évidence le rôle central des régions dans la cohérence du territoire. Partant de trois régions types (Centre régional et économique du Haut-Valais RWO, Conférence régionale Berne-Mittelland RKBM, agglomération Lausanne-Morges), il met également en lumière les facteurs de réussite et les obstacles spécifiques au développement cohérent du territoire dans les structures régionales globales ville-campagne. Enfin, il formule des recommandations à l'endroit de la Confédération, des cantons, des villes et des communes dans le but de promouvoir cette cohérence. Les recommandations destinées aux cantons ont pour objectif de renforcer la collaboration intercommunale, mais aussi régionale. Il est en outre recommandé d'élaborer des stratégies de développement qui permettront de fixer les priorités à l'intérieur des régions et d'identifier suffisamment tôt les éléments en contradiction avec les orientations de développement définies aux échelons supérieurs de l'État. La CT a invité ses membres à examiner les recommandations formulées dans le rapport EBP et à en tenir compte dans leurs travaux.

#### *Projet « Développer la biodiversité et la qualité paysagère dans les agglomérations »*

Le 21 juin, la Conférence tripartite (CT) a lancé le projet pilote « Développer la biodiversité et la qualité paysagère dans les agglomérations » qui est partie intégrante du plan d'action et sera mis en œuvre de manière tripartite, sous l'égide de l'Office fédéral de l'environnement (OFEV). Il s'agit de sensibiliser les acteurs des différents échelons institutionnels,

y compris régionaux, à cette thématique et d'identifier les obstacles entre conservation de la biodiversité et qualité du paysage dans le contexte de la densification urbaine. Il faudra aussi trouver des solutions pour concilier les différents objectifs. À partir de cas concrets, on illustrera comment promouvoir la qualité du paysage et la biodiversité dans les agglomérations avec les processus de planification et outils à disposition. Une première étape a été franchie en 2019 avec l'élaboration d'un cadre de référence qui propose une approche commune de la thématique, de l'objectif et des actions à envisager.

#### *Programme d'impulsion « Développer vers l'intérieur »*

Ces dernières années, la Conférence tripartite (CT) a beaucoup réfléchi aux questions liées à la densification du bâti. Elle a notamment publié en 2014 le rapport *Le b.a.-ba du développement urbain durable*, assorti de recommandations concrètes. Les discussions politiques ont permis de jeter les bases du programme d'impulsion « Développer vers l'intérieur », un programme soutenu par les trois échelons institutionnels et destiné à aider les communes à mettre en œuvre la loi révisée sur l'aménagement du territoire (LAT I). Les prestations proposées dans le cadre des trois actions définies conjointement (conseil, formation, recueil d'exemples et communication en tant que tâche transversale) sont assurées par EspaceSuisse.

La CT a demandé à EspaceSuisse en 2018 de procéder à un état des lieux, soit environ deux ans avant l'échéance du soutien de la Confédération. Le 14 mars 2019, le Secrétariat CT et EspaceSuisse ont organisé un atelier tripartite dont il ressort que l'impulsion reflète dans l'ensemble les besoins des communes. Pour appliquer la LAT I ces prochaines années, les communes devront être épaulées et informées, ce qui plaide en faveur de la poursuite du programme.

Décidée par la CT le 21 juin, l'évaluation externe a été confiée au bureau INFRAS et placée sous l'égide de l'Office fédéral du développement territorial (ARE), en association avec les partenaires CT et EspaceSuisse. Sur la base de ses conclusions, les partenaires CT ont opté en 2020 pour une poursuite du programme « Développer vers l'intérieur » et arrêté sa future organisation.

## Conférence Suisse des Délégués à l'intégration

En 2019, la CDI a pris position sur quatre projets d'actes législatifs mis en consultation par la Confédération qui impactent considérablement le travail des délégués à l'intégration : motion 18.3002 de la Commission des institutions politiques du Conseil des États et motion 15.3953 du conseiller national Gerhard Pfister, document de référence sur l'art. 16 de la loi sur la formation continue (LFCo), période 2021-2024, « Encouragement de l'acquisition et du maintien de compétences de base chez l'adulte », avant-projet relatif à la modification de la loi sur l'encouragement de l'enfance et de la jeunesse et sur l'avant-projet d'arrêté fédéral concernant les aides financières pour des programmes cantonaux visant à développer la politique de la petite enfance. Elle a aussi adopté une prise de position sur l'étude de l'efficacité dans le domaine de l'encouragement spécifique de l'intégration dans le cadre du sous-projet Monitoring rattaché à l'Agenda Intégration Suisse.

Les principales thématiques traitées ont été la pauvreté et les conséquences du recours à l'aide sociale sur le droit des étrangers ; la CDI a instauré un groupe de travail chargé de clarifier dans la mesure du possible les critères requis pour une information adéquate et équitable des migrants. La CDI a aussi discuté avec les responsables du Secrétariat d'État aux migrations (SEM) de la contradiction entre les décisions prises contre les personnes admises à titre provisoire ou ayant le statut de requérant d'asile d'une part et l'insertion professionnelle souhaitée par la politique d'intégration de l'autre. Le SEM a aussi proposé de débattre des nouveaux développements concernant la loi sur la formation continue et leurs recoupements avec l'encouragement spécifique de l'intégration. Enfin, le secrétariat et les délégués CDI continuent de suivre les travaux de l'Agenda Intégration Suisse.

Cette année, le Secrétariat CDI a organisé trois assemblées nationales, trois séances du comité et une journée d'étude. Il a également participé à plusieurs réunions des conférences régionales CDI et d'organisations partenaires.

# 03

## 3 Comptes

Les comptes sont présentés ici dans une version abrégée. Ils sont traités dans leur intégralité dans le rapport de révision.

### Comptes 2019

	Comptes 2019	Budget 2019	Comptes 2018
Contributions cantonales	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Contributions CT Confédération et communes	268'325.07	300'000	300'383.25
Autres produits	3'777.09	0	3'892.77
<b>Total produits</b>	<b>3'568'102.16</b>	<b>3'596'000</b>	<b>3'600'276.02</b>
Personnel	2'635'905.55	2'876'000	2'690'180.06
Charges d'exploitation	398'475.47	417'000	394'491.86
Groupes de travail/projets	440'998.21	263'000	350'074.58
Conférence tripartite (CT)	88'325.07	120'000	120'383.25
<b>Total charges</b>	<b>3'563'704.30</b>	<b>3'676'000</b>	<b>3'555'129.75</b>
<b>Excédent de produits</b>	<b>4'397.86</b>		<b>45'146.27</b>
<b>Excédent de charges (financées avec l'avoir des cantons)</b>		<b>80'000</b>	
<b>Avoir des cantons au 31.12</b>	<b>1'370'800.36</b>		<b>1'366'402.50</b>

Affichant des charges de CHF 3'563'704.30 (contributions des cantons CHF 3'296'000), les comptes 2019 bouclent sur un excédent de produits de CHF 4'397.86. Ce montant est porté au crédit des cantons, conformément à la clé de financement. L'avoir s'élève donc à CHF 1'370'800.36.

La fiduciaire Von Graffenried a assuré la révision des comptes annuels le 14 avril 2020. Son rapport figure à l'annexe 5.

### Clé de financement 2019 (selon art. 14 de la Convention du 8.10.1993)

Canton	Population résidente moyenne 2016	Clé	Contributions cantonales 2019
Aargau	658'568.5	7.87 %	259'233
Appenzell AR	54'748.5	0.65 %	21'551
Appenzell IR	15'988.5	0.19 %	6'294
Basel-Landschaft	284'427.5	3.40 %	111'959
Basel-Stadt	192'443.5	2.30 %	75'752
Bern / Berne	1'021'998.0	12.21 %	402'289
Fribourg / Freiburg	309'687.5	3.70 %	121'902
Genève	487'130.0	5.82 %	191'749
Glarus	40'087.5	0.48 %	15'780
Graubünden / Grischun / Grigioni	197'080.0	2.35 %	77'577
Jura	72'952.0	0.87 %	28'716
Luzern	401'079.5	4.79 %	157'877
Neuchâtel	178'337.0	2.13 %	70'199
Nidwalden	42'488.0	0.51 %	16'725
Obwalden	37'227.0	0.44 %	14'654
St. Gallen	500'808.5	5.98 %	197'133
Schaffhausen	80'302.5	0.96 %	31'610
Schwyz	154'978.0	1.85 %	61'004
Solothurn	267'929.5	3.20 %	105'465
Thurgau	269'069.0	3.21 %	105'914
Ticino	353'160.5	4.22 %	139'015
Uri	36'059.0	0.43 %	14'194
Valais / Wallis	337'436.0	4.03 %	132'825
Vaud	779'114.5	9.30 %	306'683
Zug	123'041.0	1.47 %	48'433
Zürich	1'477'196.5	17.64 %	581'469
			-2
<b>Total</b>	<b>8'373'338</b>	<b>100.00%</b>	<b>3'296'000</b>

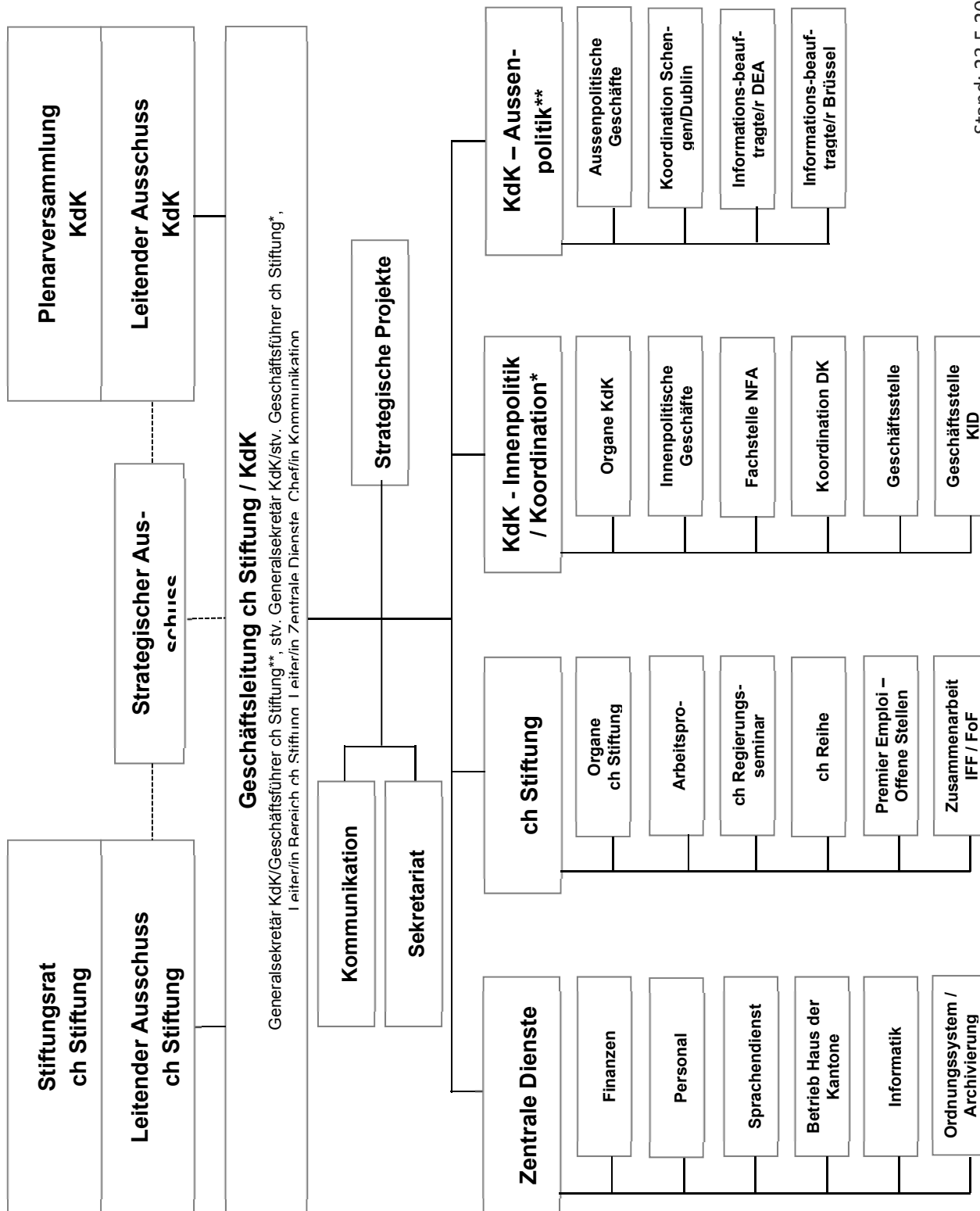
Nombre d'habitant-e-s selon population (Office fédéral de la statistique)

---

# Anhänge / Annexes

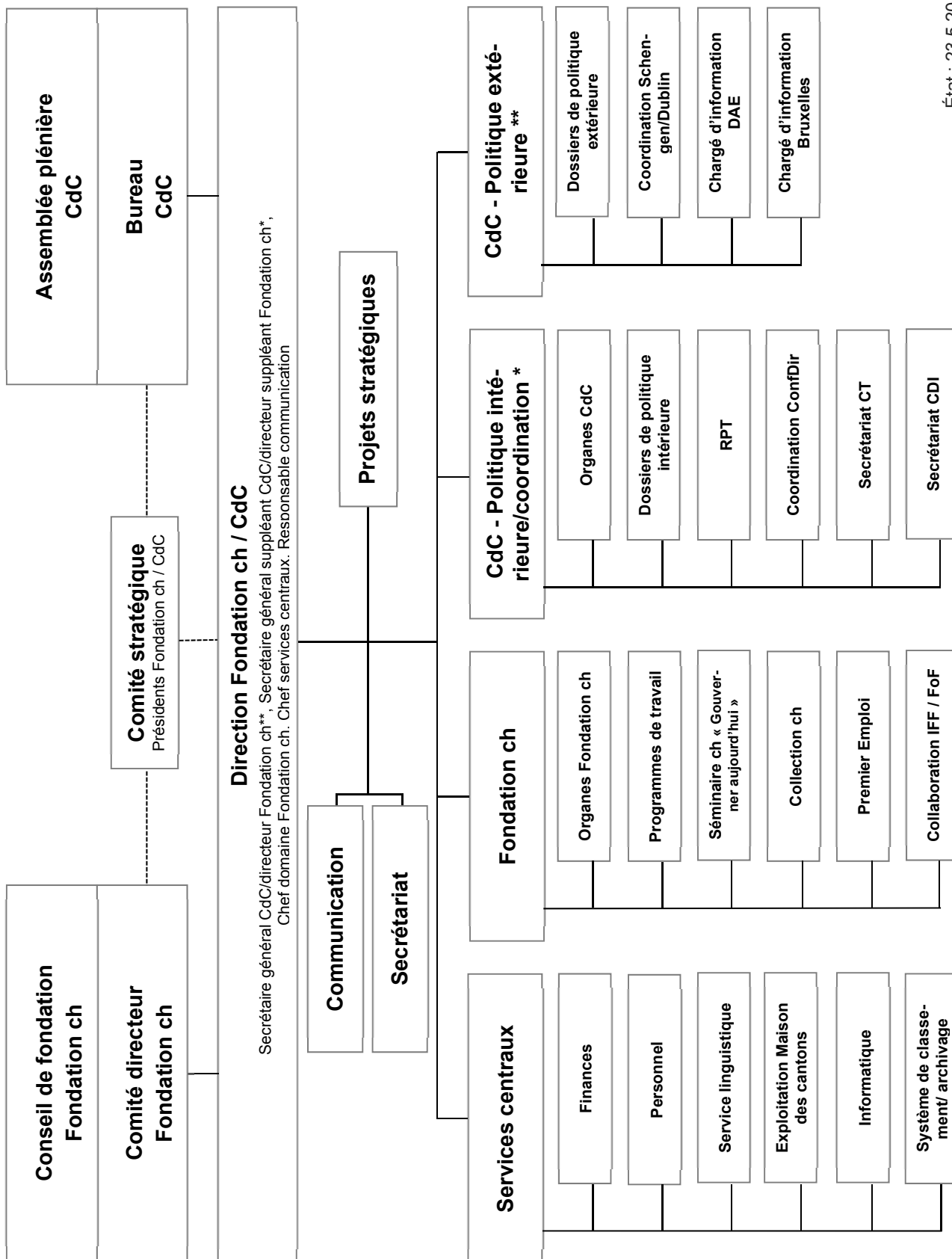
Anhang 1	Organigramm KdK
Annexe 1	Organigramme CdC
Anhang 2	Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (Stand: 31.12.2019)
Annexe 2	Commissions et groupes de travail de la CdC (état au 31.12.2019)
Anhang 3	Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (Stand: 31.12.2019)
Annexe 3	Délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux (état au 31.12.2019)
Anhang 4	Sitzungsdaten
Annexe 4	Dates de séance
Anhang 5	Bericht der Revisionsstelle
Annexe 5	Rapport de l'Organe de révision

Organigramm ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit / Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)



Stand: 23.5.2019

Organigramme Fondation ch pour la collaboration confédérale / Conférence des gouvernements cantonaux (CdC)



État : 23.5.2019



## Anhang 2: Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (Stand: 31.12.2019)

### Annexe 2 : Commissions et groupes de travail de la CdC (état au 31.12.2019)

#### Politische Kommissionen / Commissions politiques

##### *EuropaReformenKantone (EuRefKa)*

##### *Europe – Réformes des cantons (EuRéfCa)*

###### Vorsitz /

Présidence : Philippe Leuba, conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD

###### Mitglieder /

Membres : Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH  
Christian Rathgeb, Regierungsrat, Departement für Finanzen und Gesundheit, GR  
Astrid Epiney, Geschäftsführende Direktorin, Institut für Europarecht, Universität Freiburg  
Roland Mayer, Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)  
Markus Notter, alt Regierungsrat, ZH  
Bernhard Waldmann, Direktor Nationales Zentrum des Instituts für Föderalismus, Universität Freiburg  
(Vakant / vacant ZRK, WRK, NWRK, BE)

###### Sekretariat /

Secrétariat : Hanspeter Pfenninger, Rechtsberater, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

##### *Europakommission – politische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU*

##### *Commission Europe – niveau politique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE*

###### Vorsitz /

Présidence : Alain Ribaux président de gouvernement, Département de la justice, de la sécurité et de la culture, NE

###### Mitglieder /

Membres : Andrea Bettiga, Landammann, Departement Sicherheit und Justiz, GL  
Christoph Brutschin, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS  
Fredy Fässler, Regierungsrat, Sicherheits- und Justizdepartement, SG  
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH  
Roland Mayer, Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)  
Beatrice Simon, Regierungsrätin, Finanzdirektion, BE  
Silvia Steiner, Regierungsrätin, Bildungsdirektion, ZH  
Beat Villiger, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, ZG  
Carmen Walker Späh, Regierungspräsidentin, Volkswirtschaftsdirektion, ZH

###### Sekretariat /

Secrétariat : Luca Gobbo, Informationsbeauftragter der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

##### *Kantonale Delegation der Tripartiten Konferenz (TK)*

### *Délégation cantonale de la Conférence tripartite (CT)*

Vorsitz /

Présidence : **Laurent Favre**, conseiller d'État, Département du développement territorial et de l'environnement, NE

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Elisabeth Ackermann**, Regierungspräsidentin, Präsidentsdepartement, BS  
**Evi Allemann**, Regierungsrätin, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, BE  
**Jacqueline Fehr**, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH  
**Marcus Caduff**, Regierungsrat, Departement für Volkswirtschaft und Soziales, GR  
**Norman Gobbi**, Consigliere di Stato, Dipartimento delle istituzioni, TI  
**Dimitri Moretti**, Regierungsrat, Sicherheitsdirektion, UR  
**Stefan Müller**, Landeshauptmann, Land- und Forstwirtschaftsdepartement, AI  
**Jean-François Steiert**, conseiller d'État, Direction de l'aménagement, de l'environnement et des constructions, FR

Sekretariat /

Secrétariat : **Thomas Minger**, stv. Generalsekretär, Leiter Bereich Innepolitik, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

### *Interkantonale Vertragskommission (IVK)*

#### *Commission intercantonale pour les conventions (CIC)*

Vorsitz /

Présidence : [Vakant / vacant]

Mitglieder /

Membres : **Beat Husi**, Staatsschreiber, ZH  
**Claude Lässer**, alt Staatsrat, FR  
**Kurt Nuspliger**, alt Staatsschreiber, BE  
**Philippe Receveur**, alt Regierungsrat, JU  
**Markus Züst**, Regierungsrat, UR

Sekretariat /

Secrétariat : **Christian Gobat**, responsable RPT, Conférence des gouvernements cantonaux (CdC)

## *Arbeitsgruppen / Groupes de travail*

Die detaillierte Zusammensetzung der Arbeitsgruppen ist unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar:  
<http://www.kdk.ch/de/arbeitsgruppen>.

La composition détaillée des groupes de travail figure sur le site de la CdC, à l'adresse : <http://www.cdc.ch/fr/groupes-de-travail> <http://www.cdc.ch/fr/groupes-de-travail>

### **Aussenpolitik / Politique extérieure**

#### *Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU*

#### *Groupe de travail Libre circulation des personnes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)*

Vorsitz /

Présidence : **Christoph Brutschin**, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS

#### *Arbeitsgruppe Diplomanerkennung der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU*

#### *Groupe de travail Reconnaissance des diplômes (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)*

Vorsitz /

Présidence : [Vakant / vacant]

#### *Arbeitsgruppe Soziale Sicherheit der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU*

#### *Groupe de travail Sécurité sociale (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)*

Vorsitz /

Présidence : [Vakant / vacant]

#### *Arbeitsgruppe Landverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU*

#### *Groupe de travail Transports terrestres (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)*

Vorsitz /

Présidence : [vakant / vacant]

#### *Arbeitsgruppe Luftverkehr der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU*

#### *Groupe de travail Transport aérien (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)*

Vorsitz /

Présidence : **Carmen Walker Späh**, Regierungspräsidentin, Volkswirtschaftsdirektion, ZH

*Arbeitsgruppe Dienstleistungen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU*  
*Groupe de travail Services (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)*

Vorsitz /  
Présidence : **Christoph Brutschin**, Regierungsrat, Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, BS

*Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU*  
*Groupe de travail Questions financières et fiscales (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)*

Vorsitz /  
Présidence : **Beatrice Simon**, Regierungsrätin, Finanzdirektion, BE

*Arbeitsgruppe Bildung und Jugend der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU*  
*Groupe de travail Formation et Jeunesse (Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE)*

Vorsitz /  
Présidence : [vakant / vacant]

*Politische Begleitgruppe Schengen / Dublin (BOSD)*  
*Groupe de suivi politique Schengen/Dublin (OASD)*

Vorsitz /  
Présidence : **Urs Hofmann**, Landammann, Departement Volkswirtschaft und Inneres, AG

*Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – politische Ebene (derzeit suspendiert)*  
*Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau politique (actuellement suspendu)*

*Arbeitsgruppe Grenzkantone Deutschland – technische Ebene (derzeit suspendiert)*  
*Groupe de travail Cantons frontaliers avec l'Allemagne – niveau technique (actuellement suspendu)*

*Europakommission – technische Ebene der Begleitorganisation Bilaterale Abkommen mit der EU*  
*Commission Europe – niveau technique de l'Organisation d'accompagnement aux accords bilatéraux avec l'UE*

Vorsitz /  
Présidence : **Luca Gobbo**, Informationsbeauftragter der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten des EDA, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

**Innenpolitik; Koordination / Politique intérieure ; coordination**

*Interkantonaler Stab Zuwanderung, Migration und Integration“ (ZMI)*

*État-major intercantonal Immigration, migration et intégration (ZMI)*

Vorsitz /

Présidence : **Roland Mayer**, Generalsekretär, Leiter Bereich Aussenpolitik, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

*Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht*

*Groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral*

Vorsitz /

Présidence : **Peter Hösli**, Stellvertretender Staatsschreiber, Staatskanzlei, ZH

*Ansprechpersonen der kantonalen TK-Delegation*

*Personnes de contact pour la délégation cantonale CT*

Vorsitz /

Présidence : **Dominique Bourquin**, aménagiste cantonal, Service de l'aménagement du territoire, NE

*Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)*

*Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo)*

Vorsitz /

Présidence : **Susanne Hardmeier**, Generalsekretärin, Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

*Leitorgan Haus der Kantone (LO HDK)*

*Organe directeur Maison des cantons (OD MdC)*

Vorsitz /

Présidence : **Gaby Szöllösy**, Generalsekretärin, Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK)

### Anhang 3: Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (Stand: 31.12.2019)

### Annexe 3 : Délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux (état au 31.12.2019)

Nachfolgend sind die politischen Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen aufgeführt. Die Delegationen der KdK auf technischer Ebene sind unter folgendem Link auf der Homepage der KdK einsehbar: <http://www.kdk.ch/de/delegationen>.

Sont énumérées ci-après les délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux. Les délégations de la CdC au niveau technique figurent sur le site de la CdC, à l'adresse : <http://www.cdc.ch/fr/delegations>.

#### *Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)*

#### *Congrès des pouvoirs locaux et régionaux d'Europe (CPLRE)*

Vorsitz /

Présidence : **Gudrun Mosler-Törnström**, Abgeordnete zum Salzburger Landtag und 2. Präsidentin Landtagspräsidentin, Österreich

KdK-Delegation /

Délégation CdC: **Didier Castella**, conseiller d'État, Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts, FR  
**David Eray**, conseiller d'État, Département de l'environnement, JU  
**Jacqueline Fehr**, Regierungsrätin, Direktion der Justiz und des Innern, ZH  
**Heidi Hanselmann**, Regierungspräsidentin, Gesundheitsdepartement, SG  
**Philippe Leuba**, conseiller d'État, Département de l'économie et du sport, VD  
**Heidi Z'Graggen**, Regierungsrätin, Justizdirektion, UR

#### *Steuerungsausschuss E-Government-Strategie Schweiz*

#### *Comité de pilotage Stratégie suisse de cyberadministration*

Vorsitz /

présidence: **Ueli Maurer**, Bundespräsident, Eidgenössisches Finanzdepartement

KdK-Delegation /

Délégation CdC: **Rainer Gonzenbach**, Staatsschreiber, Staatskanzlei, TG  
**Pierre Maudet**, conseiller d'État, Département de la sécurité et de l'économie, GE  
**Marcel Schwerzmann**, Regierungsrat, Finanzdepartement, LU

*Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV-Kommission)*

*Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Commission fédérale AVS-AI)*

Vorsitz /

Présidence : **Stéphane Rossini**, ancien conseiller national, VS

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Esther Waeber-Kalbermatten**, conseillère d'État, Département de la santé, des affaires sociales et de la culture, VS

*Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)*

*Commission fédérale des maisons de jeu (CFMJ)*

Vorsitz /

Présidence : **Hermann Bürgi**, alt Ständerat/Regierungsrat, Rechtsanwalt, TG

KdK-Delegation /

Délégation CdC : **Erwin Jutzet**, ancien conseiller d'État, FR

## Anhang 4: Sitzungsdaten

### Annexe 4 : Dates de séance

#### *Sitzungen der Organe der KdK*

#### *Séances des organes de la CdC*

08.02.2019	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
29.03.2019	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
17.05.2019	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
28.06.2019	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
23.08.2019	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
27.09.2019	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>
08.11.2019	Leitender Ausschuss / <i>Bureau</i>
20.12.2019	Plenarversammlung / <i>Assemblée plénière</i>

#### *Medienkonferenzen*

#### *Conférences de presse*

29.03.2019	Point de presse Position der Kantonsregierungen zum Entwurf eines institutionellen Abkommens zwischen der Schweiz und der EU / <i>Point de presse Projet d'accord institutionnel Suisse-UE</i>
10.05.2019	Medienkonferenz Kantone stehen geschlossen hinter der STAF-Vorlage / <i>Conférence de presse Les cantons recommandent de voter oui au projet RFFA</i>

#### *Sitzungen der politischen Kommissionen und technischen Arbeitsgruppen der KdK sowie Koordinationssitzungen mit den Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen*

#### *Séances des commissions politiques et des groupes de travail techniques de la CdC et séances de coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales*

22.01.2019	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
24./25.01.2019	Präsidenklausur KdK – Direktorenkonferenzen / <i>Colloque présidentiel CdC-Conférences des directeurs</i>
20.03.2019	Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht / <i>Groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral</i>
03.04.2019	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
04./05.04.2019	Frühjahrstagung der Staatsschreiberkonferenz / <i>Réunion de printemps de la Conférence des chanceliers d'État</i>
15.05.2019	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>
21.08.2019	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
05.09.2019	Präsidensitzung KdK – Direktorenkonferenzen / <i>Séance des présidents CdC-Conférences des directeurs</i>
31.10.2019	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / <i>Conférence des secrétaires des conférences intercantionales</i>
15.11.2019	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / <i>Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales</i>



### *Sitzungen im Bereich Zusammenarbeit Bund – Kantone*

#### *Séances dans le cadre de la collaboration Confédération – cantons*

01.02.2019	Interdepartementale Koordinationsgruppe für Föderalismusfragen (IDEKOF) / <i>Groupe de coordination interdépartemental en matière de fédéralisme</i>
14.02.2019	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
11.03.2019	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
11.03.2019	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des États</i>
12.03.2019	Begleitgruppe Umsetzung kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe d'accompagnement Mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux</i>
29.03.2019	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération-cantons</i>
09.05.2019	Beirat Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte / <i>Conseil consultatif Centre suisse de compétence pour les droits humains</i>
10.05.2019	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
11.06.2019	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
18.06.2019	Öffentliche Tagung "Menschenrechte in der Schweiz" / <i>Conférence publique sur les droits humains en Suisse</i>
26.06.2019	Fachgruppe Cyber / <i>Groupe spécialisé Cyber</i>
03.07.2019	Begleitgruppe Umsetzung kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe d'accompagnement Mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux</i>
15.08.2019	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
30.08.2019	Treffen Büro Ständerat / <i>Rencontre avec le Bureau du Conseil des États</i>
16.09.2019	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
27.09.2019	Politische Arbeitsgruppe Aufgaben und Finanzen Bund – Kantone / <i>Groupe de travail politique Tâches et finances Confédération-cantons</i>
15.10.2019	Beirat Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte / <i>Conseil consultatif Centre suisse de compétence pour les droits humains</i>
28.10.2019	Europadialog mit dem Bundesrat / <i>Dialogue Europe avec le Conseil fédéral</i>
29.10.2019	Begleitgruppe Umsetzung kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe d'accompagnement Mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux</i>
08.11.2019	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / <i>Dialogue confédéral Confédération-cantons</i>
18.11.2019	Nationale Konferenz "Medienwandel und Föderalismus" / <i>Conférence nationale « Transformation des médias et fédéralisme »</i>
09.12.2019	Stammtisch der Kantone / <i>Stammtisch des cantons</i>
12.12.2019	Begleitgruppe Umsetzung kantonale Integrationsprogramme / <i>Groupe d'accompagnement Mise en œuvre des programmes d'intégration cantonaux</i>

### *Sitzungen im Rahmen der Mandate*

#### *Séances en lien avec les mandats*

#### *Tripartite Konferenz (TK)*

#### *Conférence tripartite (CT)*

26.03.2019	Tripartite Kerngruppe Raumkonzept Schweiz / <i>Équipe de projet tripartite du Projet de territoire Suisse</i>
08.05.2019	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
21.06.2019	Tripartite Konferenz / <i>Conférence tripartite</i>
13.09.2019	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / <i>Groupe de travail technique tripartite</i>
17.09.2019	Tripartite Kerngruppe Raumkonzept Schweiz / <i>Équipe de projet tripartite du Projet de territoire Suisse</i>

15.11.2019 Tripartite Konferenz / *Conférence tripartite*

*Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)*

*Conférence des délégués à l'intégration (CDI)*

21./22.01.2019 Sitzung KID-Vorstand und retraite in La Chaux-de-Fonds / *Séance Comité et retraite CDI à la Chaux-de-Fonds*

13.02.2019 KID-Zentralschweiz ZFI in Luzern

21.02.2019 KID-Fachgruppe Ostschweiz in St-Gallen

26.02.2019 KID-Nordwestschweiz in Bern

27./28.03.2019 KID-Tagung in Lausanne / *Assemblée CDI à Lausanne*

02.05.2019 CDI Suisse latine à Lausanne

14.05.2019 Sitzung KID-Vorstand in Bern / *Séance Comité CDI à Berne*

21.05.2019 KID-Fachgruppe Ostschweiz in Frauenfeld

22.05.2019 KID-Zentralschweiz ZFI in Arth-Goldau

11.06.2019 KID-Nordwestschweiz in Bern

19.06.2019 KID-Tagung des SEM in Bern-Wabern / *Assemblée CDI du SEM à Berne-Wabern*

03.09.2019 Sitzung KID-Vorstand in Zürich / *Séance Comité CDI à Zurich*

18.09.2019 KID-Zentralschweiz ZFI in Luzern

26.09.2019 KID-Fachgruppe Ostschweiz in Will

26./27.09.2019 CDI Suisse latine à Bellinzone

22.10.2019 KID-Nordwestschweiz in Bern

14.11.2019 KID-Tagung in Basel / *Assemblée CDI à Bâle*

19.11.2019 KID-Zentralschweiz ZFI in Schwyz

05.12.2019 KID-Eidgenössische Kommission gegen Rassismus Tagung / *Assemblée CDI et Commission fédérale contre le racisme*



**VON GRAFFENRIED**  
TREUHAND

**Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision an die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), Bern**

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Vermögensrechnung und Erfolgsrechnung) der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) für das am 31. Dezember 2019 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der leitende Ausschuss verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht dem Gesetz entspricht.

Bern, 14. April 2020 zuw/stn

Von Graffenried AG Treuhand

Michel Zumwald  
dipl. Wirtschaftsprüfer  
Zugelassener Revisionsexperte  
Leitender Revisor

Toni Schlegel  
dipl. Wirtschaftsprüfer  
Zugelassener Revisionsexperte

Beilage:  
Jahresrechnung (Vermögensrechnung und Erfolgsrechnung)

---

Konferenz  
der Kantons-  
regierungen

Haus der Kantone  
Speichergasse 6  
Postfach  
CH-3001 Bern

t +41 (0) 31 320 30 00

f +41 (0) 31 320 30 20

mail@kdk.ch

www.kdk.ch

---

Conférence des  
gouvernements  
cantonaux

Maison des cantons  
Speichergasse 6  
Case postale  
CH-3001 Berne

t +41 (0) 31 320 30 00

f +41 (0) 31 320 30 20

mail@cdc.ch

www.cdc.ch

---

Conferenza  
dei governi  
cantionali

Casa dei cantoni  
Speichergasse 6  
Casella postale  
CH-3001 Berna

t +41 (0) 31 320 30 00

f +41 (0) 31 320 30 20

mail@cdc.ch

www.cdc.ch